

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	12
Konsum & Verbraucherschutz	15
Landwirtschaft & Gentechnik	15
Naturschutz & Biodiversität	17
Tierschutz & Ethik	19
Umweltpolitik & Umweltrecht	19
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	24
Wirtschaft & Ressourcen	27

VERBÄNDE



DNR intern	28
Aus den Verbänden	28
Ehrenamt	29
Preise & Ausschreibungen	29

SERVICE

Rezensionen	30
Impressum	31
Termine	32

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	33
Schwerpunkt: Urban Gardening	

THEMEN DES MONATS

Ressourcenpolitik

Endspiel um Rohstoffe

Die Enquetekommission Wachstum hat einen Zwischenbericht vorgelegt

Seite 2

Politische Einflussnahme

Autolobby in Brüssel

Zwischen der europäischen Industrie und EU-Politikern besteht reger Kontakt

Seite 4

Luftqualität

Poker um Szenarien

Die EU-Kommission will 2013 Neuregelungen in der Luftreinhaltepolitik veröffentlichen

Seite 6

Interview: Umweltbewegung

„Wir brauchen eine Kulturwende“

Bescheidenheit, Sparsamkeit und engagierte Frauen für einen starken Naturschutz

Seite 19

Ressourcenpolitik

Endspiel um Rohstoffe

Die Enquetekommission Wachstum hat einen Zwischenbericht vorgelegt

Wie lässt sich angesichts des kritischen Zustands der Erde die Wirtschaft vom Umweltverbrauch entkoppeln? Wie bekommt die Politik mehr Macht, um der Konzentration auf den globalen Finanzmärkten Einhalt zu gebieten? Diese offenen Fragen, aber auch viele Antworten enthält der Ressourcenbericht der Enquetekommission Wachstum. Die umfangreiche Analyse lässt sich nicht ignorieren: „Weiter so“ geht nicht. ■ VON MICHAEL MÜLLER, DNR

Eine Enquetekommission – so die Idealvorstellung – findet die Zeit und Offenheit, wichtige Themen unserer Zeit, die eine intensive Debatte erfordern, aufzugreifen und unabhängig von Tageszwängen und parteipolitischer Taktik zu behandeln. Sie soll die Debatten führen, die in der Tagespolitik nicht geführt werden. Dafür hat der Deutsche Bundestag auch die Enquetekommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität des Deutschen Bundestages ins Leben gerufen. Kürzlich stellte deren Projektgruppe 3 ihren Zwischenbericht zu „Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischem Fortschritt – Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung“ der Öffentlichkeit vor, mit Ausnahme des Schlusskapitels, das bereits debattiert wird, aber noch nicht beschlossen ist. Darin müssen die politischen Schlussfolgerungen gezogen werden, die für die Empfehlungen der Enquetekommission, die wahrscheinlich im Mai 2013 beschlossen werden, eine zentrale Bedeutung haben. Am Ende eines jeden Kapitels haben die Autoren den Forschungsbedarf aufgelistet.

Der Umwelttraum ist begrenzt, die Macht der Politik auch?

Nach einer Einleitung über den Umweltdiskurs der letzten Jahrzehnte und das Konzept der Nachhaltigkeit stellt der Bericht die Theorie der Begrenzungen des Umwelttraums ins Zentrum. Dieses Modell geht zurück auf den Umweltforscher Johan Rockström von der Universität Uppsala, der die These des Nobelpreisträgers Paul Crutzen vom Anthropozän aufgegriffen und operationalisiert hat. Was es heißt,

das Menschenzeitalter erreicht zu haben, macht der Bericht an wichtigen ökologischen Themen deutlich wie dem Klimawandel, dem Verlust an Biodiversität, dem Flächenverbrauch, dem Zustand der Ozeane, der Erdverschmutzung sowie an wichtigen Kreislaufprozessen und chemischen Verunreinigungen. Generell erkennt der Bericht die Begrenzungen der nutzbaren Ressourcen und der natürlichen Senken an, unsicher in der Bewertung sind allerdings die konkreten Grenzen und die Möglichkeiten ihrer Erweiterung sowie die Festlegung von Deckelungen (Caps), die – wie zum Beispiel der Umgang mit dem ökologischen Fußabdruck – vor allem offene und lernfähige Verfahren erfordern.

Im Zentrum steht die Entkopplungsfrage, die angesichts des kritischen Zustands der Erde zu einer absoluten Reduktion der Verbräuche führen muss und nicht nur zu einer relativen Entkopplung vom Wirtschaftswachstum. Das ist eines der zentralen Ergebnisse der Kommission, die in ihrem Bericht auch aufzeigt, welche ökonomischen Theorien sich damit beschäftigen. Die Kommission beschreibt, wie die unterschiedlichen Theorieansätze – zum Beispiel die neoklassische Theorie, die nachhaltige Ökonomie oder auch die ökologische Ökonomie – mit diesen Herausforderungen umgehen und welche Konsequenzen sie daraus ziehen, beispielsweise durch eine Internalisierung der ökologischen Kosten.

Ausführlich beschreibt der Bericht die Megatrends, insbesondere die Bevölkerungsentwicklung, die Globalisierung der Produktions- und Handlungsmuster, die ressourcen- und energieintensiven Konsumweisen, die Urbanisierung riesi-

ger Metropolen, die nachholende Industrialisierung großer, bevölkerungsreicher Schwellenländer sowie die Entwicklung des Ressourcenbedarfs und seiner Preise. Deutlich wird, dass die politischen Institutionen insbesondere der Machtkonzentration auf den globalen Finanzmärkten und der Nord-Süd-Verlagerung in der „Weltkonkurrenz“ immer weiter hinterherhinken.

Das Öl geht uns aus

Ein zentrales Kapitel ist die Verfügbarkeit von Ressourcen beziehungsweise Rohstoffen, in deren Zentrum die fossilen Energieträger stehen. In Kapitel 2 wurden auch zwei Minderheitsvoten eingebracht – von den beiden Sachverständigen Martin Jänicke und Michael Müller. Im Zentrum steht die Frage nach der Reichweite der beiden fossilen Energieträger Kohle und Öl. Die vorliegenden Daten sind unsicher und oftmals veraltet. Insbesondere bei Öl sagt selbst die in der Regel sehr wirtschaftsfreundliche Internationale Energieagentur in Paris, dass im Jahr 2008 das ölfördermaximum (Peak Oil) erreicht wurde. Auf den rund 400 Giant Fields, aus denen bis fast 80 Prozent der Produktion kommen, ist mit Ausnahme von Kirkuk im Irak ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Schon 2020 wird wahrscheinlich das Ende des Plateaus erreicht, der Abstieg kommt und das vor dem Hintergrund einer gerade erst beginnenden Massenmotorisierung in China und Indien, wo rund 2,5 Milliarden Menschen leben. Die „Verharmloser“ verweisen auf theoretisch denkbare Funde, den technischen Fortschritt und vor allem auf sogenannte unkonventionelle Öllarten,

die unbestritten mit gewaltigen ökologischen Folgen belastet sind. Jänicke und Müller verlangen dagegen, endlich vom fossilen Zeitalter Abschied zu nehmen. Die Umwelt- und Naturschutzverbände sind aufgefordert, diese Fragen aufzugreifen, deren Auswirkungen gewaltige Konsequenzen haben. Bei Erdöl geht es nicht einfach um einen Rohstoff, der zur Neige geht, sondern um eine der wichtigsten Grundlagen der modernen Gesellschaft überhaupt. Die motorisierte Mobilität ist zu über 90 Prozent von Öl abhängig, unsere Städte und Siedlungsstrukturen sind autoaffin, die weltweite Arbeitsteilung ist ohne Öl nicht vorstellbar.

Grenzwerte, Naturverbrauch und Rebound-Effekt

Im dritten Hauptabschnitt setzt sich der Bericht mit Grenzwerten in besonders wichtigen ökologischen Bereichen auseinander. Es weist beispielsweise beim Zweigrad-Ziel im Klimaschutz zu Recht darauf hin, dass es bereits viele der ärmsten Regionen den Wetterextremen opfert.

Das vierte Kapitel beschäftigt sich mit dem nationalen Naturverbrauch vor dem Hintergrund der internationalen Verschiebungen. Dazu gehören auch die Rohstofffrucksäcke und der jeweilige Anteil Deutschlands an den globalen Belastungen. Daran schließt sich eine historische Betrachtung der Entkoppelung in Deutschland an, wobei der Schutz der Ozonschicht positiv und der langsame Anstieg der Energieintensität negativ beschrieben werden. Zudem gibt es Ausführungen über die sozialen und ökonomischen Folgen von Entkoppelungsprozessen.

Im fünften Abschnitt ist besonders die Darstellung und Bewertung des Rebound-Effektes hervorzuheben. Rebound bezeichnet den gesteigerten Konsum von Ressourcen-Inputs, der entweder den Effizienzsteigerungen folgt oder von diesen verursacht oder ermöglicht wird. Obwohl es seit Jahren zahlreiche Studien gibt, findet er noch immer flüchtige oder gar keine Beachtung, zumal es zahlreiche Zielkonflikte gibt. Auch wird herausgestellt, dass der Rebound im Zusammenhang mit psychologi-

Enquetekommission

Die Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ unter Vorsitz von Daniela Kolbe (SPD) soll den Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft ermitteln und einen neuen Wohlstandsindikator entwickeln. Sie hat 34 Mitglieder: 17 Abgeordnete und 17 Sachverständige.

schen Einstellungen, den kulturellen Werthaltungen und der Wirtschaftsstruktur zu sehen ist. Zweifellos gehört dieser Teil zu den stärksten Abschnitten des Berichts. Der fünfte Teil befasst sich abschließend mit den ökonomischen Leitplanken der Entkopplung, auch mit der Wettbewerbsfähigkeit.

„Weiter so“ geht nicht

Der sechste Teil behandelt die Chancen und Grenzen der Entkoppelungsprozesse in der globalen Welt. Welche Rolle muss die Politik im 21. Jahrhundert einnehmen, um den Handlungsspielraum für die Allmende, also den Schutz der globalen Gemeingüter, zu erweitern?

Welche Schlussfolgerungen die Enquetekommission aus der Beschreibung zieht, das ist noch offen. Auf jeden Fall ist es nicht möglich, nach einer derart umfangreichen Analyse mit weitreichenden Erkenntnissen über die ökologischen Grenzen des Wachstums so weiterzumachen wie bisher. Im Anthropozän kann man keine kleinen Antworten geben.

Der Stahlbetonbauer und Betriebswirt Michael Müller ist Bundesvorsitzender der Naturfreunde und Mitglied im Präsidium des Deutschen Naturschutzrings. Er war von 2005 bis 2009 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium. Seit Januar 2011 gehört er – berufen von der SPD – der Enquetekommission Wachstum als Sachverständiger an.

Kontakt:

Tel. +49 (0)172 / 2462125,

E-Mail: michael-hans-mueller@web.de,

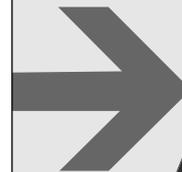
www.naturfreunde.de,

www.dnr.de



Nachhaltigkeit

A-Z



S wie Suffizienz

Effizienzsteigerungen allein reichen nicht aus, um Ressourcenverbrauch und CO₂-Ausstoß zu senken. Wir müssen unser Konsumverhalten insgesamt überdenken.

In seinem Buch »Weder Mangel noch Übermaß. Warum Suffizienz unentbehrlich ist« erklärt Manfred Linz nicht nur, warum wir einen genügsameren Lebensstil pflegen sollten. Er zeigt auch, dass mehr Suffizienz auch mehr Gerechtigkeit bringt – und beschreibt anschaulich ihre praktische Umsetzung.

M. Linz

Weder Mangel noch Übermaß
Warum Suffizienz unentbehrlich ist

146 Seiten, broschiert, 19,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-399-2

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

oekom

Die guten Seiten der Zukunft

Politische Einflussnahme

Die Autolobby in Brüssel

Zwischen der europäischen Industrie und EU-Politikern besteht reger Kontakt

Europäische und deutsche Umweltpolitik wird zum großen Teil in den Institutionen der EU gestaltet. Daher hat die europäische Industrie seit Langem Kontakte zu EU-Politikern geknüpft und Niederlassungen in Brüssel gegründet. Diese Kontaktpflege funktioniert hervorragend, wie das Beispiel Abgasreduzierung in der Autoindustrie zeigt. Lobbyisten für eine bessere Luft haben es dagegen schwerer. ■ VON NINA KATZEMICH, LOBBYCONTROL

Im Oktober ging ein Brief von Günter Oettinger, EU-Kommissar für Energiepolitik, an den Volkswagen-Chef Martin Winterkorn durch die Medien. Darin antwortet der Kommissar auf ein Schreiben Winterkorns, in dem er Oettinger bittet, aufzupassen, dass sein deutsches Unternehmen gegenüber anderen europäischen Autobauern nicht schlechter gestellt werde. In seiner Antwort, die von Oettinger sicherlich nicht für die Augen der Öffentlichkeit bestimmt war, meldet er Vollzug: dass alle Autohersteller in der EU nun wieder um den gleichen Durchschnittswert CO₂ reduzieren müssten. Aber auch, dass die „Belastung der Industrie durch die Wiederaufnahme von zwei Flexibilitätsmaßnahmen in den Text (des Verordnungsentwurfs) vermindert“ werde. Und schließlich, dass die Kommission in dem Entwurf „keine bindende Verpflichtung“ eingehe, „zwangsläufig auch Vorschläge zu möglichen neuen Grenzwerten nach 2020 vorzulegen“. Damit könne „die Diskussion über unsere CO₂-Politik für Pkws nach 2020 ergebnisoffen diskutiert werden.“ „Mit freundlichen Grüßen von Brüssel nach Wolfsburg.“

Schwache Gegenlobby

Die europäische Umweltpolitik findet heute zu einem großen Teil in den europäischen Institutionen statt. Schon seit geraumer Zeit hat die europäische Industrie, die von Umwelt- und Klimagesetzgebung betroffen ist, deshalb Lobbyniederlassungen in Brüssel eröffnet, europäische Verbände gegründet und ihre Kontakte in die europäische Kommission geknüpft. In den vergangenen Jahren haben aber auch

die Umweltorganisationen auf die Situation reagiert. Heute gelten sie als die am besten vertretene und organisierte Lobby gegen die starke Interessenvertretung der Wirtschaft in Brüssel. Laut Schätzung des EU-Parlaments aus dem Jahr 2003 gibt es etwa 15.000 bis 30.000 Lobbyisten in Brüssel – diese Schätzung bezieht sich auf Individuen. Ins Lobbyregister von Kommission und Parlament sind derzeit etwa 5.000 Lobbyakteure eingetragen – diese Zahl bezieht sich auf Einrichtungen, nicht auf Personen. Das Register ist allerdings freiwillig und erhebt deshalb keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Dennoch vermitteln die regelmäßig herausgegebenen Statistiken des Registers einen Eindruck, wie die verschiedenen Interessenvertreter in Brüssel verteilt sind. Etwa 1.500 dieser Organisationen sind Nichtregierungsorganisationen sowie Akteure von Regionen oder internationalen Organisationen. Etwa 2.600 sind Lobbyniederlassungen einzelner Unternehmen, professionelle Wirtschafts- und Unternehmensverbände und Gewerkschaften (wobei Letztere gerade einmal 127 Akteure ausmachen). Weitere 600 sind professionelle Lobbyberatungen und Anwaltskanzleien – ein Großteil von diesen wird vor allem vonseiten der Wirtschaftslobby gebucht, weil ihr die nötigen Ressourcen dafür zur Verfügung stehen. Hinzu kommen noch 350 Denkfabriken, Forschungsinstitute und wissenschaftliche Einrichtungen. Zahlreiche davon finanzieren sich durch Aufträge von Unternehmen.

Diese Zahlen vermitteln einen ungefähren Eindruck von den nominellen Kräfteverhältnissen der Lobbyakteure in Brüssel. Diese sind aber nicht der einzige Grund, warum die Initiative LobbyControl

entschieden widerspricht, wenn von Lobbyismus als einem Markt der Interessen gesprochen wird, in dem alle Ideen gleichermaßen gehört werden. Tatsache ist, dass sich die mächtigen und ressourcenstarken Interessen sehr häufig durchsetzen. Warum dies so ist, lässt sich am Beispiel der laufenden Verhandlungen über CO₂-Einsparungen durch die Automobilindustrie sehr gut zeigen.

Einfluss auf die Politik an höchster Stelle

Wie das Beispiel des Briefwechsels zwischen Oettinger und Winterkorn zeigt, haben Großunternehmen und ihre Verbände einen besonderen Zugang zu den politischen Eliten, und machen davon ausgiebig Gebrauch. So ist Günter Oettinger für die Verordnung über CO₂-Einsparungen noch nicht einmal zuständig, aber als ehemaliger baden-württembergischer Ministerpräsident scheint er für die VW AG, zu der auch der ehemals schwäbische Autokonzern Porsche gehört, trotzdem ein offenes Ohr zu haben. Erst vor Kurzem war auch Fiat-Chef Sergio Marchionne in Brüssel. Ein geplanter Auftritt mit Industriekommissar Antonio Tajani wurde nur kurzfristig abgesagt. Und als 2007/2008 die EU-Kommission die Autoindustrie das erste Mal zu CO₂-Reduktionen verpflichtet hat, wurden die Konzernchefs bei Bundeskanzlerin Angela Merkel vorstellig – und drohten mit massivem Arbeitsplatzabbau. Danach einigten sich Merkel und der frühere französische Präsident Nicolas Sarkozy auf einen Kompromiss, der dem damaligen, eigentlich federführenden Klimakommissar Stavros Dimas diktiert wurde. Im Gegensatz dazu verfügen die Umweltverbände

weder über solch offene Zugänge noch haben ihre Drohkulissen – zum Beispiel der fortschreitende Klimawandel – die gleiche Wirkung auf die Politik.

Fragwürdige Methoden

Die Initiative LobbyControl kritisiert auch die Methoden der Industrielobby. Immer wieder ist zu beobachten, wie mit falschen Fakten argumentiert wird. Negative Folgen scheint das für die Konzerne nicht zu haben. So ist der Wert von 130 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer, den die Autohersteller bis 2015 schaffen müssen, Experten zufolge praktisch schon heute erreicht. Die Nachrichtenagentur dpa zitierte kürzlich Aussagen von EU-Diplomaten, wonach Daimler mit seiner Flotte bereits jetzt bei 98,8 Gramm CO₂-Ausstoß pro Kilometer liege, BMW bei 100 Gramm und Fiat bei 87 Gramm. Bleibt die Frage, warum Werte, die offensichtlich erreichbar sind, mit allen Mitteln – wie den bereits erwähnten Drohungen – und einer Armee von Lobbyisten bekämpft werden müssen.

Deutlich subtiler, aber ebenso effektiv gingen 2005 der ehemalige Industriekommissar Günter Verheugen und der damalige Präsident des Europäischen Automobilverbandes ACEA vor. Verheugen gründete eine sogenannte „High Level Group“, die bis heute unter dem Namen „Cars 21“ bekannt ist. Expertengruppen wie diese gibt es etwa 1.000 bei der Europäischen Kommission. Sie beraten die Kommissionsvertreter und haben einen großen Einfluss auf die Formulierung von Verordnungen und Richtlinien. Deshalb ist die Frage der Zusammensetzung solcher Expertengruppen sehr wichtig. Immer wieder bemängelt LobbyControl, dass bestimmte Expertengruppen von Industrievertretern dominiert werden – was dazu führen kann, dass die Ergebnisse der Gruppen zugunsten der jeweiligen Industriebranche ausfallen. Cars 21 hatte außer Vertretern der Automobilindustrie nur einen einzigen externen Experten vom Institut für Europäische Umweltpolitik. Das Ergebnis der Expertengruppe war die Einführung des sogenannten Integrierten Ansatzes. Er besagt, nicht nur die Automobilindustrie dürfe für den

CO₂-Ausstoß von Autos verantwortlich gemacht werden, sondern alle Beteiligten, wie etwa die Autofahrer oder die für Verkehrsinfrastruktur zuständigen Politiker. Damit ist es gelungen, die finanzielle Last der CO₂-Reduktion von der Autoindustrie weg auf viele Schultern zu verteilen. Auch im Abschlussbericht der neugeschaffenen, zweiten Arbeitsgruppe zu Cars 21, der im Juni 2012 veröffentlicht wurde, wird dieser Ansatz beibehalten. Hier repräsentierten übrigens 13 der 19 externen Mitglieder Industrieinteressen. Unter anderem sollen Öko-Innovationen berücksichtigt werden, die nicht die Motortechnik betreffen. Für sie sollen jeweils einige Gramm CO₂ auf das Gesamtziel angerechnet werden können. Öko-Innovationen könnten etwa neuartige Reifen, im Dach integrierte Solarpanels oder stromsparende Klimaanlage sein. Damit ist es der Autoindustrie mit freundlicher Unterstützung durch die jeweiligen Industriekommissare gelungen, die verpflichtenden Reduktionsziele für den CO₂-Ausstoß von Personenkraftwagen entscheidend zu verwässern.

Kommissare als Dienstleister der Industrie?

Immer wieder stellt sich für den Verein LobbyControl und sein Brüsseler Netzwerk die Frage, wie manche Kommissare ihre Rolle eigentlich definieren. Dass der deutsche Kommissar Oettinger sich in der Kommission für die deutschen Interessen einsetzt, ist ebenso wenig statthaft wie sein Einsatz speziell für die Automobilindustrie. Hätte er auch einem Schreiben von Greenpeace so zuvorkommend geantwortet? Kürzlich schrieben Oettinger und Tajani in einem gemeinsamen Beitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die Autobranche müsse vor „unverhältnismäßiger Belastung“ geschützt werden. Auch der ehemalige Industriekommissar Günter Verheugen wusste natürlich, was er tat, als er Cars 21 hauptsächlich mit Industrievertretern besetzte. Anscheinend verstehen sich Teile der Kommission als „Dienstleister“ der Europäischen Industrie. Als würde immer noch die Formel gelten, dass es Europa gut geht, wenn die Arbeitsplatzzahlen

stimmen. Die Europäische Kommission muss diese einseitige Haltung dringend aufgeben und die schwächer vertretenen, aber gesellschaftlich genauso wichtigen Ziele – wie den Umweltschutz – gleichberechtigt in ihre Agenda aufnehmen.

Die Debatte um die verpflichtenden CO₂-Einsparungen von Personenkraftwagen zeigt typische Lobbystrategien der europäischen energieintensiven Industrie auf, wenn es darum geht, sich gegen Auflagen zugunsten der Umwelt zur Wehr zu setzen. Die Drohung mit dem Verlust von Arbeitsplätzen in Europa wird so regelmäßig wiederholt, dass sie eigentlich längst an Schrecken verloren haben sollte. Vor Kurzem hat LobbyControl den neuen „Lobbyplanet Brüssel“ herausgebracht, einen Stadtführer durch das Brüsseler EU-Viertel, der zahlreiche Lobbyakteure und ihre Tricks und Strategien vorstellt. Unter anderem bietet er einen speziellen Rundgang zur „Energie- und Verschmutzerlobby“.

Umweltakteure sollten nicht den Mut verlieren: Gerade im Umweltbereich haben Zivilgesellschaft und Umweltverbände in den vergangenen Jahren unglaublich viel bewegt. Unter anderem die Professionalisierung, der Zusammenschluss der großen Verbände zu den Green Ten, aber auch unzählige einzelne Kampagnen haben Industrie und Politik stark unter Druck gesetzt, im Sinne von Klima- und Umweltschutz zu handeln – auch wenn die Industrie bei den einzelnen „Lobbyschlachten“ leider jedes Mal mit einem blauen Auge davorkommt.

Die Politologin Nina Katzemich arbeitet seit 2009 als EU-Campaignerin für LobbyControl. Wie Lobbyisten versuchen, die Politik zu beeinflussen, ist ihr bereits aus ihrer vorhergehenden Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Deutschen Bundestag vertraut.



Kontakt:
Tel. +49 (0)221 / 1696507
E-Mail: nina.katzemich@
lobbycontrol.de
www.lobbycontrol.de

Luftqualität

Poker um Szenarien hat begonnen

Die Europäische Kommission will 2013 Neuregelungen in der Luftreinhaltepolitik veröffentlichen

Das „Jahr der Luft“ könnte einschneidende Änderungen in der europäischen Umweltpolitik bringen. Expertengruppen debattieren verschiedene Szenarien, um Luftschadstoffemissionen zu reduzieren. Doch welche Variante letztlich politisch durchsetzbar ist, hängt auch vom Einsatz der Regierungen ab. ■ VON CHRISTER ÅGREN, AIRCLIM

Nächstes Jahr im Herbst will die EU-Kommission ein EU-Luftreinhaltepaket präsentieren. Ein zentraler Bestandteil des Pakets wird eine überarbeitete thematische Strategie für Luftschadstoffe sein, die den aus dem Jahr 2005 stammenden Vorläufer aktualisiert, neue Ziele zur Reduktion von Gesundheits- und Umweltbelastungen sowie neue Zielsetzungen für die künftige Minderung von Luftschadstoffemissionen enthalten soll.

Außerdem umfasst das Paket einen Änderungsvorschlag für die Richtlinie über nationale Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe (NEC-Richtlinie) von 2001, um bindende nationale Emissionsminderungsziele für fünf Luftschadstoffe festzulegen: Schwefeldioxid (SO₂), Stickstoffdioxid (NO₂), flüchtige organische Verbindungen (VOCs), Ammoniak (NH₃) und Feinstaub. Wann die neuen Ziele erreicht werden sollen, ist noch unklar. Diskutiert werden 2020, 2025 oder 2030, aber möglicherweise könnte es auch mehr als ein Zieljahr geben. Ursprünglich sollten auch die Luftreinhaltestandards der Richtlinie über Luftqualität und saubere Luft in Europa aus dem Jahr 2008 geändert werden. Aber angesichts der anhaltenden Verstoßverfahren gegen Mitgliedstaaten, die schon die aktuellen Standards für Feinstaub mit der Größe von zehn Mikrometern (PM₁₀) und Stickstoffdioxid nicht einhalten, zögert die Kommission.

Die Vorbereitungen für eine Neuregelung der EU-Luftreinhaltepolitik laufen bereits seit dem letzten Jahr, verschiedene Expertenrunden haben im Januar und Juni 2011 getagt und Optionen diskutiert. Wissenschaftliche Szenarien zeigen, dass künftige Luftschadstoffemissionen durch die Kombination technischer Reduktions-

verfahren und einer schärferen Klimapolitik bedeutend reduziert werden können.

Szenarien von „Weiter so“ bis „Maximale Kontrolle“

Ein bedeutender Teil des Revisionsprozesses ist eine Szenarienanalyse, die vom International Institute for Applied System Analysis (IIASA) durchgeführt wurde.⁽¹⁾ IIASA präsentierte im Juni dieses Jahres bei einem Expertentreffen ein neues Basisszenario, das auf Grundlage der jüngsten Schätzungen für Wirtschaftsentwicklungen und der Umsetzung europäischer Energie-, Transport-, Agrar- und Klimapolitik die Emissionen für 2020, 2030 und 2050 hochgerechnet hat.

Die Basisprognose für Luftschadstoffemissionen sollte grundsätzlich die Auswirkungen der Umsetzung aller vorhandenen nationalen wie europaweiten Gesetze und Maßnahmen beinhalten. Aber es gibt einige relevante Gesetzesentwürfe, deren Einfluss auf künftige Aktivitäten sich gegenwärtig nicht bestimmen lässt. Diese sind daher nicht miteinberechnet. Darunter sind Maßnahmen, die möglicherweise benötigt werden, um die europäischen Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid zu erfüllen, sowie notwendige Maßnahmen zur Einhaltung der EU-Nitratrichlinie zum Schutz der Gewässer aus dem Jahr 1991.

Voraussichtlich steigern sich die Wirtschaftsaktivitäten zwischen 2010 und 2030 um 40 Prozent. Dennoch sollen als Ergebnis struktureller Veränderungen im Energie- und Verkehrssektor und der fortschreitenden Umsetzung der Emissionskontrollgesetzgebung zwischen 2005 und 2030 die Emissionen der Hauptluftschadstoffe

Schwefeldioxid, Stickstoffoxide, flüchtige organische Verbindungen und Feinstaub sinken. SO₂-Emissionen werden voraussichtlich um 73 Prozent reduziert, NO_x um 66, VOCs um 39 und PM_{2,5} um 38 Prozent. Der Ausstoß von Ammoniak wird sich im gleichen Zeitraum wahrscheinlich um zwei Prozent erhöhen. Insgesamt hat das IIASA vier Szenarien entwickelt:

- ▶ **BASE:** Basisszenario – spiegelt die aktuelle Gesetzgebung wider;
- ▶ **DECARB:** Entkarbonisierung – nimmt eine Senkung der Treibhausgasemissionen der EU um 80 Prozent bis 2050 an;
- ▶ **MTFR:** Maximale technisch durchführbare Reduktion – eine schrittweise Einführung gegenwärtig verfügbarer Emissionsminderungstechniken;
- ▶ **MCE:** Maximale Kontrollanstrengungen – das gleiche Energieszenario wie DECARB mit Anwendung von MTFR und weniger Fleischkonsum.

Die errechneten Auswirkungen auf die Luftschadstoffemissionen in den verschiedenen Szenarien sind in der Tabelle dargestellt. Dabei ist zu beachten, dass diese Szenarien und die zugehörigen Emissionswerte noch immer vorläufig sind. Sie werden diesen Herbst nach gründlichen Konsultationen mit den Mitgliedstaaten weiterentwickelt und verfeinert.

Langfristig rechnen sich die ehrgeizigeren Einsparmaßnahmen

Nach dieser Verfeinerung wird das IIASA das Optimierungsverfahren in das Computermodell GAINS einsetzen, mit dem die gegebenen Umweltziele auf unterschiedlichen Zielebenen hochgerechnet werden, um den kostenoptimalen Kurs von Emissionsreduzierungsmaßnahmen für die EU

	SO ₂	NO _x	VOCs	NH ₃	PM _{2,5}
2005	8.133	1.150	9.535	3.873	1.833
2020 BASE	2.572 (-68%)	5.903 (-49%)	6.250 (-34%)	3.879 (0%)	1.299 (-29%)
2020 DEARB	2.435 (-70%)	5.733 (-50%)	6.070 (-36%)	3.865 (0%)	1.193 (-35%)
2020 MTR	1.655 (-80%)	4.862 (-58%)	4.091 (-57%)	2.631 (-32%)	759 (-59%)
2030 BASE	2.224 (-73%)	4.435 (-61%)	5.797 (-39%)	3.943 (+2%)	1.145 (-38%)
2030 DEARB	1.852 (-77%)	4.084 (-64%)	5.539 (-42%)	3.920 (+1%)	1.016 (-45%)
2030 MTR	1.402 (-83%)	2.937 (-74%)	3.726 (-61%)	2.674 (-31%)	580 (-68%)
2030 MCE	1.156 (-86%)	2.617 (-77%)	5.617 (-41%)	2.302 (-41%)	480 (-74%)
2050 BASE	1.939 (-76%)	4.043 (-65%)	5.193 (-46%)	3.910 (+1%)	1.065 (-42%)
2050 DEARB	1.106 (-86%)	2.672 (-77%)	5.193 (-46%)	3.867 (0%)	987 (-46%)
2050 MTR	1.165 (-86%)	2.329 (-80%)	3.587 (-62%)	2.672 (-31%)	522 (-72%)
2050 MCE	708 (-91%)	1.646 (-86%)	2.822 (-70%)	2.246 (-42%)	426 (-77%)

Tabelle: Emissionen der Luftschadstoffe aus EU-27 im Jahr 2005 und Prognosen für 2020, 2030 und 2050 in vier verschiedenen Szenarien (Einheit in Kilotonnen).

als Ganzes festzustellen. Gemeinsam mit einer Kosten-Nutzen-Analyse bildet die Szenario-Analyse die Grundlage für die Festlegung der Ziele der künftigen europäischen Luftreinhaltepolitik.

Das DEARB- und das MCE-Szenario zeigen, dass Gesetze und Strategien zur Treibhausgasreduzierung sowohl auf das gesamte Energieverbrauchs-niveau als auch auf den Verbrauch fossiler Energieträger im Besonderen und daher auch auf Luftschadstoffe einen großen Einfluss haben. Deshalb wird eine erfolgreiche Klimapolitik auch einen bedeutenden Einfluss auf die Kosten der Luftreinhaltung haben.

Das IIASA schätzt, dass die gesamten Luftreinhaltungskosten in der EU sich von 0,5 Prozent des BIP auf 0,6 Prozent bis 2020 erhöhen werden. Aber nach 2020 werden die Kosten im Basisszenario in Relation zum BIP allmählich auf 0,4 Prozent bis 2050 abfallen. Unter dem DEARB-Szenario hingegen würden bis 2050 beide, die Kosten für Luftverschmutzungskontrolle und die Emissionen, über 20 Prozent niedriger sein als das Basisszenario.

Sektorbezogene Ziele sollen helfen

Zusätzlich zur Szenario-Analyse wurden die Teilnehmer des Treffens im Juni über Arbeiten zu einer Reihe sektorspezifischer Initiativen informiert. Auch in folgenden Bereichen lassen sich notwendige Emissionsminderungen erreichen:

- Verbrennung in Haushalten – Emissionsstandards für Heizkessel und Öfen;

- Kleine industrielle Verbrennungsanlagen, 1–50 Megawatt Leistung;
- Straßenfahrzeuge – mögliche Einführung strengerer EU-Standards;
- verbesserte Verbrennungsmotoren für mobile Maschinen;
- Agrarwirtschaft mit dem Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Senkung der Ammoniakemissionen;
- Internationale Schifffahrt – eine Ausweitung der Schwefeldioxidkontrollzonen (Sulphur Emission Control Areas – SECA) und die Bestimmung von Gebieten, in denen Stickstoffdioxid eingeschränkt werden soll (Nitrogen Emission Control Areas – NECA).

In einigen Bereichen werden bereits neue Gesetzgebungen vorbereitet. Ein Beispiel sind Verbrennungsmotoren für mobile Maschinen, bei denen eine Revision der Emissionsstandards längst überfällig ist. Ein weiteres Beispiel ist die Verbrennung in Haushalten, bei der Emissionsstandards und Energieeffizienzanforderungen für neue Heizkessel unter der Ökodesignrichtlinie angedacht sind. Im Jahr 2005 stießen Heizkessel und Öfen 616.000 Tonnen Feinstaub (PM_{2,5}) aus, mehr als ein Drittel der gesamten EU-Emissionen. EU-weit beachtete Standards aus dem entsprechenden Gesetzesentwurf zum Ökodesign könnten nach den Berechnungen von IIASA diese Emissionen um 70 Prozent im Jahr 2030 verringern, verglichen mit einer Senkung um 40 Prozent bei einem business as usual.

Zu beachten ist, dass Maßnahmen unter der Ökodesignrichtlinie nur Heizkessel

und Öfen betreffen würden, die nach 2016 verkauft werden. Gezielte Maßnahmen wie im MCE-Szenario, welches die Verwendung der besten verfügbaren Technologien für alle Quellen ohne Rücksicht auf ihr Alter annimmt, könnten die Emissionen um mehr als 90 Prozent senken. Bislang haben erst ein paar Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, eine Gesetzgebung eingeführt, um die Emissionen der einheimischen Holzverbrennung zu senken. Auch Luftqualitätsmodellierung und Monitoring, Gesundheitsauswirkungen und andere Forschungsergebnisse waren Thema beim Expertentreffen. ⁽²⁾

In einer anderen Studie untersucht das belgische Forschungsinstitut VITO, wie die Emissionen durch die internationale Schifffahrt reduziert werden können. Möglichkeiten wären zusätzliche Emissionskontrollzonen für Schwefeldioxide und Stickstoffoxide, Emissionsgrenzwerte für Feinstaub und Geschwindigkeitslimits für Schiffe. Studienergebnisse werden im Laufe des Jahres erwartet.

Die Kommission hat angekündigt, dass sie gegen Ende des Jahres eine öffentliche Konsultation über die politischen Optionen schalten will. Das vierte Treffen der Expertengruppe ist für Anfang Dezember geplant.

Dieser Artikel erschien erstmalig in der Acid News No. 3, Oktober 2012. Übersetzung aus dem Englischen: Inga Bollert.

Anmerkungen

- (1) IIASA-Berichte: www.bit.ly/OlsHt6
- (2) Präsentationen des Treffens der Expertengruppe vom 21. Juni 2012: www.bit.ly/Uh2KYI

Der Biologe Christer Ågren arbeitet seit 30 Jahren zu grenzüberschreitender Luftverschmutzung. Seit 1982 leitet er das in Göteborg ansässige Air Pollution & Climate Secretariat (AirClim), eine schwedische Umweltschutzorganisation.



Kontakt:
Tel. +46 (0)31 / 7114515,
E-Mail:
christer.agren@airclim.org,
www.airclim.org

ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Handyrecycling

Gelungene Sammelaktion

■ Unterstützt durch den Verband zur Rücknahme und Verwertung von Elektro- und Elektronikaltgeräten (VERE) und den Dienstleister take-e-way, hat das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit eine Handysammelaktion in Bayern durchgeführt. Von Ende April bis Ende Juni haben sich über 2.000 Schulen und 300 Behörden beteiligt. Mit rund 70.000 gesammelten Handys ist „Handy clever entsorgen“ die bislang erfolgreichste bundesweite Sammelaktion. Mit der Aktion wollten die Organisatoren bei jungen Menschen den gewissenhaften Umgang mit Ressourcen stärken. [hk]

► VERE, Tel. +49 (0)40 / 21901064, www.vereev.de

Verpackungspolitik

Biotüten ohne Empfehlung

■ Das Umweltbundesamt (UBA) hält die staatliche Förderung für Bioplastiktüten für nicht mehr tragbar. Diese böten keine Vorteile gegenüber herkömmlichen Tüten. Das ist das Ergebnis einer vom UBA in Auftrag gegebenen Studie. Biologisch abbaubare Kunststoffe für Verpackungen, die aus nachwachsenden Rohstoffen hergestellt werden, hätten kein ökologisches Plus. Durch den Anbau und die Verarbeitung von Pflanzen für diese Verpackungen versauerten Böden und reicherten sich Gewässer stärker mit Nährstoffen an als durch andere Kunststoffverpackungen. Auch die vermehrt angebotenen Bioplastiktüten hätten damit keinen Umweltvorteil. Nur die Klimabilanz von Biokunststoffen sei günstiger. Das UBA empfahl, die Sonderregelung in der Verpackungsverordnung, wie die Befreiung von der Rücknahmepflicht des Handels, nicht zu verlängern. [jg]

► www.kurzlink.de/uba-37-2012r

EU-Abfallpolitik

Klage gegen Griechenland und Schweden

■ Griechenland betreibt eine Abfalldeponie in einem Schutzgebiet auf der Insel Zakynthos und Schweden hat die EU-Vorschriften für Elektroschrott nicht eingehalten. Beide Länder hat die EU-Kommission im Oktober wegen Nichteinhaltung von EU-Recht vor dem Gerichtshof der Europäischen Union verklagt.

Die Deponie auf Zakynthos sei eine ernste Gefahr für die menschliche Gesundheit, die Umwelt und insbesondere für nistende Karettschildkröten. Es droht ein Bußgeld. Schweden hat die Richtlinie über Elektro- und Elektronikaltgeräte (WEEE) nicht ordnungsgemäß ins schwedische Recht übertragen.

Auch in anderen EU-Politikbereichen hat die EU-Kommission Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Unter anderem haben nicht alle Mitgliedstaaten die Richtlinie über erneuerbare Energien bis Dezember 2010 umgesetzt. [jg]

► Übersicht Vertragsverletzungsverfahren: www.europa.eu/rapid (MEMO/12/708)

Schiffsrecycling

Giftige Wracks machen krank

■ Schlupflöcher und rechtliche Widersprüche beklagt das Bündnis von Menschen-, Arbeitsrechts- und Umweltschutzorganisationen Shipbreaking Platform in dem Vorschlag der EU-Kommission zu Schiffsrecycling.

Die Shipbreaking Platform warnt davor, sich nur auf die internationale Hongkong-Konvention im Rahmen der Internationalen Schifffahrtsorganisation (IMO) zu beziehen, wenn es um die Entsorgung alter Schiffe geht. Vielmehr müsse auch die Basler Konvention über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung beachtet werden. Das Bündnis forderte die EU-UmweltministerInnen auf, sich für

eine Erweiterung des EU-Kommissionsvorschlages einzusetzen, damit die Verordnung für das Recycling von Schiffen dem Basler Übereinkommen entspreche. Die Hongkong-Konvention werde nämlich erst in etwa zehn Jahren in Kraft treten, wenn ausreichend Staaten sie ratifiziert hätten.

Jedes Jahr würden etwa 800 Schiffe abgewrackt, um beispielsweise den Stahl wiederzuverwenden. Über 70 Prozent aller Schiffe würden nach wie vor in Entwicklungsländern wie Bangladesch, Indien und Pakistan ohne Umwelt- und Sicherheitsvorschriften ausgeweidet, moniert die Shipbreaking Platform. Die EU-Kommission selbst schätzt, dass mit dem Export alter Schiffe von der EU nach Südasien zwischen 40.000 und 1,3 Millionen Tonnen giftiger Substanzen dorthin gelangten. Der Giftmüll mache die ArbeiterInnen krank und verseuche ganze Küstenstriche. In Bangladesch seien ein Fünftel der Belegschaft unter 15 Jahre alt. [jg]

► www.kurzlink.de/shipbreaking-2012

► www.kurzlink.de/com-2012-118

Chemieindustrie

Kaum nachhaltige Wirtschaft

■ Die Ratingagentur oekom research AG hat ein neues Branchenrating von Chemieunternehmen vorgestellt. Oekom research untersuchte 101 Firmen auf Nachhaltigkeit. Die Analyse zeigt, dass alle Konzerne die sozialen und ökologischen Aspekte noch mehr berücksichtigen müssen.

So sollten die Unternehmen weltweit ihren Anteil von chemischen Grundstoffen auf der Grundlage von nachwachsenden Rohstoffen weiter ausbauen. Dieser Anteil betrage momentan nur acht Prozent. Ähnlich sei es bei der Beschaffung nachwachsender Rohstoffe: Oekom research kritisiert, dass die Problematik der Beschaffung schon lange bekannt ist, die Unternehmen sich aber zu wenig darum kümmern.

Die Klimastrategien der Unternehmen wertet oekom research dagegen als Fortschritt. Ebenso die Anlagen- und Arbeitssicherheit: In den Industrieländern gebe

es in den meisten Konzernen gut ausgearbeitete Managementsysteme. Unklarheit herrscht weiterhin bei den Betrieben von Zulieferern und den eigenen Fabriken in Schwellenländern.

Als negativ beurteilt Oekom research hingegen die Chemikalien- und Produktsicherheit: Unter anderem seien Risikoanalysen und mehr Transparenz von toxikologischen Tests dringend notwendig. [hk]

► www.kurzlink.de/oekomresearch-chemie

EU-Chemikalienpolitik

Bisphenol A soll strenger eingestuft werden

■ Die französische Gesundheitsbehörde ANSES hat die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) aufgefordert, den Weichmacher Bisphenol A (BPA) als fortpflanzungsgefährdend Kategorie 1 einzustufen. Zurzeit läuft BPA noch unter Kategorie 2, die nur den Verdacht auf Fortpflanzungsgefährdung kennzeichnet.

ANSES argumentierte, dass es inzwischen hinreichend Beweise gebe, BPA in der Verordnung über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen (CLP) in der gefährlicheren Kategorie einzuordnen. Der Vorschlag wird nun von dem zuständigen Ausschuss der ECHA geprüft, voraussichtlich Anfang 2013 gibt es eine öffentliche Konsultation dazu.

Forscher der US-amerikanischen University of California, Berkeley, haben in einer neuen Studie nachgewiesen, dass BPA gesundheitliche Auswirkungen auf die Schilddrüse hat. Anfang Oktober veröffentlichten sie in einem Artikel die Ergebnisse von Urin- und Blutproben von 335 schwangeren Frauen und deren Neugeborenen. Jede Verdoppelung des Gehaltes an BPA im Körper der Mutter hatte eine Abnahme des für Stoffwechsel und Kreislauf wichtigen Schilddrüsenhormons Thyroxin (T4) von 0,13 Mikrogramm pro 100 Milliliter zur Folge, was zu einer Schilddrüsenunterfunktion führen kann. Bei neuge-

borenen Jungen hatte eine Verdoppelung des Gehaltes an BPA im Blut eine Senkung von 9,9 Prozent bei den schilddrüsenstimulierenden Hormonen (TSH) zur Folge, ebenfalls mit einem Effekt der Schilddrüsenunterfunktion. Bei den Mädchen waren nicht so deutliche Effekte festzustellen.

Verschiedene Studien der letzten Jahre hätten gezeigt, dass zu geringe Mengen an Schilddrüsenhormonen zu Verzögerungen bei der Gehirnentstehung und der motorischen Entwicklung von Kindern führen können. „Es gibt gute Gründe besorgt zu sein, denn BPA ist überall in unserer Umwelt“, sagte einer der beteiligten Forscher. BPA ist unter anderem in Hartplastik, der Innenbeschichtung von Konservendosen und Thermopapier von Kassenzetteln enthalten. [jg]

- Pressemitteilung ANSES (französisch und englisch): www.anses.fr/PMGC00WC01.htm
- Studie: www.kurzlink.de/berkeley-bpa-2012

Chemikalien international

Umwelthormone auf globaler Agenda

■ Ende September haben ExpertInnen aus aller Welt in Nairobi zum dritten Mal über ein strategisches internationales Chemikalienmanagement (SAICM) verhandelt.

Unter anderem debattierten sie über technische und finanzielle Details wie die Langfristfinanzierung des Programms und über die Ergebnisse zahlreicher Arbeitsgruppen. So wurde beschlossen, den bereits existierenden Fonds für das Quick-Start-Programm bis 2015 aufrechtzuerhalten. 105 Länder profitieren von der finanziellen Unterstützung zum besseren Umgang mit gefährlichen Chemikalien. 31 Millionen US-Dollar enthält dieser Fonds zurzeit. Weitere Themen der Konferenz waren gefährliche Chemikalien in Elektroschrott, bleihaltige Farben, Nanomaterialien und Nanotechnologie sowie perfluorierte Chemikalien.

Zwar hat das SAICM keine rechtlich bindende Wirkung, liefert aber Grund-

lagen für Chemikalienpolitik. Umweltverbände lobten den erreichten Konsens, das Problem der hormonell wirksamen Substanzen, der sogenannten endokrinen Disruptoren (EDCs), weltweit politisch zu verhandeln. Für den Zeitraum 2012–2015 wird unter anderem ein besserer Informationsaustausch über den Zusammenhang zwischen EDCs und gefährdeten Bevölkerungsgruppen angestrebt. Außerdem stehen in nächster Zeit die Sensibilisierung für das Thema auf allen Ebenen sowie die finanzielle Unterstützung für Entwicklungsländer zum Umgang mit diesem Problem auf dem Programm. Auch, wenn die Formulierungen vage sind, ist es das erste Mal, dass EDCs auf globaler Ebene als Umweltproblem behandelt werden.

Der Strategic Approach on International Chemicals Management (SAICM) soll bis 2020 die negativen Auswirkungen von Chemikalien minimieren. [jg]

- www.saicm.org
- Meeting Documents (in den UN-Sprachen): www.kurzlink.de/saicm-iccm3

Luftqualität

Feinstaub gefährdet Großstädter in Europa

■ Rund ein Drittel aller EU-GroßstadtbewohnerInnen ist zu hohen Feinstaubkonzentrationen ausgesetzt. Auch die Ozonwerte sind vielerorts alarmierend hoch. Das ist das Ergebnis eines Berichtes der Europäischen Umweltagentur (EEA) vom September. Der EEA-Bericht bezieht sich auf das Jahr 2010 und hat neben Feinstaub (PM) in der Größe von 10 und 2,5 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft ($\mu\text{g}/\text{m}^3$) auch Werte für bodennahes Ozon (O_3), Stickstoffdioxid (NO_2), das krebserregende Benzo(a)-pyren sowie Schwefeldioxid (SO_2) unter die Lupe genommen. Auch Kohlenmonoxid, Benzol und verschiedene Schwermetalle wurden untersucht.

Ginge es nach der Weltgesundheitsorganisation (WHO), müsste man in vielen EU-Großstädten Atemschutzmasken ►

politische ökologie

Die Buchreihe für Querdenker und Vordenkerinnen

Rohstoffquelle Abfall

Wie aus Müll Produkte von morgen werden



Müll ist zu wertvoll, um ihn in der Natur zu „entsorgen“ oder trotz moderner Recycling-technologie zu verbrennen. Das begreifen mittlerweile auch Wirtschaft und Politik. Aus Angst, im globalen Wettrennen um wertvolle Metalle leer auszugehen, besinnen sie sich zunehmend auf Urban Mining, die Suche nach Rohstoffschätzen in der Stadt. Doch damit ist es nicht getan – Wirtschaft und Gesellschaft müssen dringend lernen, grundsätzlich anders zu produzieren und zu konsumieren: Den richtigen Weg weisen nachhaltiges Produktdesign und veränderte Nutzungsstrategien.

Mit Beiträgen von M. Gronemeyer, H. Holdinghausen, K. Sander, B. Bongardt, G. Scholl, P. Kieffhaber, U. Tischner, u.v.m.



Rohstoffquelle Abfall
politische ökologie (Band 129)
144 Seiten, 16,95 EUR (zzgl. Versand),
ISBN 978-3-86581-284-1

Erhältlich bei
www.oekom.de, kontakt@oekom.de

oekom
verlag

tragen: Denn 2010 waren zwischen 81 und 95 Prozent der StadtbewohnerInnen PM-Konzentrationen ausgesetzt, die über den WHO-Grenzwerten liegen. In der EU gelten schwächere Grenzwerte – doch nicht einmal diese wurden eingehalten. Die Jahresgrenzwerte für PM_{2,5} wurden so oft überschritten, dass etwa 30 Prozent der EU-Stadtbewölkerung zu hohen Konzentrationen ausgesetzt waren. [jg]

► www.kurzlink.de/eea-air-2012

Industrieemissionen

Chance nicht genutzt

■ Es wird voraussichtlich keine wesentlichen Neuerungen für Industrieemissionen in Deutschland geben. Mitte Oktober fand eine Anhörung des Umweltausschusses zum Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Umsetzung der EU-Richtlinie über Industrieemissionen statt.

Insgesamt wurde der Gesetzesentwurf positiv aufgenommen. Einzelne Sachverständige kritisierten jedoch, dass die Chance für strengere Regelungen ungenutzt geblieben sei. Insbesondere die Grenzwerte für Stickstoffoxide oder Quecksilber hätten im Zuge der Umsetzung in nationales Recht verschärft werden können. [ib]

► Deutscher Bundestag zu Industrieemissionen:
www.kurzlink.de/parl-press-ied-okt12

Fluglärm

Kritik am Staatsvertrag

■ Der Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg (LNV) hat einen geplanten Staatsvertrag mit der Schweiz zum Flugverkehr kritisiert. Bisher sind maximal 80.000 Nordanflüge pro Jahr auf der grenznahen Schweizer Rheinseite erlaubt, der geplante neue Staatsvertrag mit Deutschland sehe keinerlei Begrenzung vor. Damit werde es in der gesamten Hochrheinregion mehr Fluglärm geben. „Der Effekt erweiterter Ruhezeiten, die der zu ratifizierende

Staatsvertrag vor-schreibt, verpufft angesichts dessen, dass der Luftraum oberhalb von 2.400 Metern in den sogenannten nächtlichen Schutzzeiten aus dem Norden praktisch uneingeschränkt genutzt werden darf“, warnt LNV-Verkehrsexperte Hermann Krafft. Der Staatsvertrag dürfe nicht ratifiziert werden. Außerdem müssten Steuerprivilegien für Flüge abgeschafft werden. [jg]

► LNV-Verkehrsreferent Hermann Krafft, Tel. +49 (0)7721 / 24124, www.lnv.de

Nanomaterialien

Risikobewertung „von Fall zu Fall“

■ Nanomaterialien fallen unter die EU-Chemikalienverordnung REACH und die Risikobewertung soll als Einzelbewertung je Stoff erfolgen. Das ist der Tenor der Mitteilung zur zweiten Überprüfung der Rechtsvorschriften zu Nanomaterialien, die die EU-Kommission im Oktober veröffentlichte. Darin stellt die Kommission fest, dass Nanomaterialien normalen Chemikalien ähneln, da sich unter ihnen toxische und nicht toxische Stoffe befinden. Das heißt, dass je nach Verwendung von Nanopartikeln spezifische Risiken auftreten können. Daher erforderten Nanomaterialien eine Risikobewertung unter REACH, die fallweise erfolgen müsse. Derzeit verfügbare Methoden der Risikobewertung könnten angewandt werden. Allerdings müssten einige REACH-Anhänge geändert und die Registrierung (2013) weiterentwickelt werden.

Laut EU-Kommission fehlen validierte Methoden und Instrumente für den Risikonachweis. Zudem mangle es an vollständigen Informationen über Gefahren, die von Nanomaterialien ausgehen. Eine neue Web-Plattform soll künftig Daten leichter zugänglich machen. Bis 2014 will die Kommission eine abschließende Bewertung für eine mögliche Überarbeitung der Rechtsvorschriften zur Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz vornehmen.

Der Berichterstatter des EU-Parlaments zum Thema Nanomaterialien Carl Schlyter (Grüne, Schweden) sagte, dass es seiner Meinung nach nicht ausreicht, nur REACH-Anhänge anzupassen. Stattdessen müsse es aus Verbraucherschutz- und Umweltschutzgründen spezielle Gesetzesänderungen in den EU-Rechtsvorschriften für Kosmetika, Elektroschrott, Biozide oder Chemikalien geben. Schließlich würden Nanomaterialien eher selten in Jahresmengen über einer Tonne (die Registrationsgrenze unter REACH) produziert. [jg]

- www.europa.eu/rapid (Reference: IP/12/1050 und MEMO/12/732)

Elektrosmog

Präzedenzurteil Mobilfunk

■ Ende August hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden, dass „gemeindliche Standortplanung für Mobilfunkanlagen grundsätzlich zulässig“ sind. Damit ist der Weg frei für ein besser koordiniertes Vorgehen bei der Standortwahl von Funkmasten und es können Orte gefunden werden, die für alle Beteiligten die geringste Belastung und die größtmögliche Reichweite aufwiesen. Es ging um einen Streit über eine Anlage in der Gemeinde Uffing. Das Umweltinstitut München hatte ein Gutachten erarbeitet, in dem ein alternativer Standort sich als weniger belastbar herausstellte. [jg]

- www.kurzlink.de/bverwg-okt2012
- www.umweltinstitut.org/standortwahl

Landwirtschaftsorganisation der UN (FAO) ihre Ergebnisse.

Der Bericht meldet als Erfolg einen deutlichen Rückgang der Zahl der Hungernden in den letzten zwanzig Jahren. Während 1990 noch über eine Milliarde Menschen unterernährt waren, sank die Zahl auf 868 Millionen im Zeitraum von 2010 bis 2012. Der positive Trend geriet jedoch im Zuge der Weltwirtschaftskrise ab 2008 ins Stocken. So sei es unerlässlich, die Anstrengungen im Kampf gegen den Hunger nochmals zu erhöhen, mahnt FAO-Generaldirektor Graziano Da Silva. Es sei inakzeptabel, dass weiterhin weltweit jeder achte Mensch an Hunger leide. So gerate vor allem die Lage in Afrika außer Kontrolle. Während in Asien und Teilen Südamerikas große Fortschritte in der Reduzierung des Hungers gemacht werden konnten, stieg die Zahl der unterernährten Menschen in Afrika. Im Zentrum des Kontinents, der südlich der Sahara liegt, habe jeder vierte Mensch keinen Zugang zu ausreichend Nahrung. Zur selben Zeit seien momentan 1,5 Milliarden Menschen übergewichtig. [fc]

- www.fao.org/publications/sofi/en/

Alternativer Nobelpreis

Ehrenpreis geht in die Türkei

■ Ende September sind die Preisträger des Right Livelihood Award bekannt gegeben worden. Die auch als alternativer Nobelpreis bekannte Auszeichnung ehrt Menschen, die sich in besonderem Maße für Frieden, Gerechtigkeit oder den Erhalt der Umwelt einsetzen.

Das Preisgeld in Höhe von 150.000 Euro teilen sich in diesem Jahr die afghanische Ärztin Sima Samar, der US-amerikanische Friedensforscher Gene Sharp und Campaign Against Arms Trade, eine britische Kampagne gegen Waffenhandel. Aus ökologischer Sicht besonders erfreulich: Den undotierten Ehrenpreis erhält in diesem Jahr der „Großvater“ der türkischen Umweltbewegung Hayrettin Karaca. Karaca ist Mitbegründer der größten türkischen

Umweltorganisation TEMA, die vor allem gegen Bodenerosion und Desertifikation kämpft. Hayrettin Karaca gilt außerdem als der Erste, der versuchte, das Thema Umwelt in der türkischen Gesellschaft zu etablieren. Auch heute noch, im hohen Alter von 90 Jahren, diskutiert er in zwei eigenen Fernsehsendungen über Umweltschutz und Umweltpolitik.

Als Gemeinsamkeit der diesjährigen Preisträger sieht der Leiter der Right Livelihood Foundation den Einsatz für das Grundbedürfnis des globalen Friedens. Die Preisverleihung wird am siebten Dezember im schwedischen Parlament in Stockholm stattfinden. [fc]

- www.rightlivelihood.org

Reichensteuer

Aktionstag UmFAIRteilen

■ Ende September sind am bundesweiten Aktionstag des Bündnisses „UmFAIRteilen – Reichtum besteuern“ mehrere Tausend Menschen auf die Straßen gegangen. Zu dem Bündnis gehören Gewerkschaften, Sozialverbände und verschiedene andere Organisationen wie die Naturfreunde Deutschlands.

In 40 deutschen Städten fanden große Demonstrationen, Kundgebungen und Mitmachaktionen statt. Überall forderten die Demonstranten eine dauerhafte Vermögenssteuer, eine einmalige Vermögensabgabe und dass private Vermögen an der Finanzierung des Gemeinwesens ausreichend beteiligt sind. Der Unterschied zwischen Arm und Reich soll so möglichst klein gehalten werden. [hk]

- Bündnis UmFAIRteilen, www.umfairteilen.de
- Naturfreunde Deutschlands, Tel. +49 (0)30 / 297732-60, Fax -80, www.naturfreunde.de

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Welthungerbericht

Erfolgsmeldung für 2012?

■ Anfang Oktober ist der diesjährige Welthungerbericht veröffentlicht worden. In Rom präsentierte die Ernährungs- und

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de

KLIMA & ENERGIE

Klimawandel**Klimafolgen online**

■ Erstmals sollen BürgerInnen die Folgen des Klimawandels in ihrer Region auf einer Internetseite nachvollziehen können. Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und die WetterOnline GmbH werden Anfang Dezember die Website www.klimafolgenonline.com freischalten. Darauf sollen die Folgen des Klimawandels dargestellt werden. Die Öffentlichkeit kann dann zahlreiche Klimadaten wie Temperatur, Niederschlag oder Sonneneinstrahlung und deren Auswirkungen auf die Land-, Forst- und Energiewirtschaft einsehen. Grundlage der Website sind Beobachtungsdaten von 1901 bis 2010 sowie Vorhersagen bis ins Jahr 2100. Das Onlineportal veranschaulicht die Daten mit Karten, Tabellen und Zeitreihen. Die Informationen sollen bis auf die Landkreisebene dargestellt werden und regionalen Akteuren bei der Zukunftsplanung helfen. Die Internetseite wurde Ende September auf der Klimafolgenkonferenz in Berlin vorgestellt. [ej]

► www.klimafolgenkonferenz.de

Energiepolitik**Energieeffizienzrichtlinie verabschiedet**

■ Der EU-Ministerrat hat Anfang Oktober die Energieeffizienzrichtlinie endgültig verabschiedet. Die Annahme markiert einen wichtigen Schritt in der Umsetzung der drei im Jahr 2007 vereinbarten Ziele der Strategie Europa 2020: Steigerung der Energieeffizienz um 20 Prozent, Verringerung des Treibhausgasausstoßes um 20 Prozent und Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 Prozent bis zum Jahr 2020. Die informelle Einigung zwischen Parlament, Kommission und Rat im Juni war von politischen Auseinandersetzungen und Verzögerungen geprägt.

zungen und Verzögerungen geprägt.

Die wichtigsten Gesetzesänderungen: Energieunternehmen müssen ihren Energieabsatz an Verbraucher um 1,5 Prozent jährlich bremsen, Mitgliedstaaten sollen einen Fahrplan ausarbeiten, um den Gebäudebestand energieeffizienter zu gestalten, und große Firmen sollen Energieaudits und Energiemanagementsysteme einrichten. Bis April 2013 haben die Mitgliedstaaten nun Zeit, Maßnahmen und nationale Energieeffizienzziele festzulegen, um das 20-Prozent-Ziel zu erreichen. [uk]

► Pressemitteilung des Ministerrats (engl.): www.kurzlink.de/Pressemitteilung_Rat

Erneuerbare Energien**Streit um Stromkosten**

■ Die EEG-Umlage wird 2013 um 1,7 Cent auf 5,3 Cent pro Kilowattstunde (kWh) steigen. Dies gaben die vier großen deutschen Übertragungsnetzbetreiber Mitte Oktober bekannt. Die Erhöhung hat die Debatte um die Förderung erneuerbarer Energien erneut angeheizt.

Laut Bundesverband Erneuerbarer Energien (BEE) sind nur 2,3 der 5,3 Cent „reine Förderkosten“, die durch den Ausbau erneuerbarer Energien entstehen. Der größte Einzelposten der Steigerung ist nach Angaben des Öko-Instituts der Ausbau der Solarkraft. Der Anstieg sei jedoch in großem Maße auf die Befreiung energieintensiver Unternehmen von der Umlage zurückzuführen, welche in diesem Jahr für rund 800 und im nächsten Jahr für über 2.000 Betriebe gilt.

Wenn die Stromkonzerne den niedrigen Börsenpreis an die Verbraucher weitergeben würden, könnte er einen Teil der Umlagensteigerung auffangen. Umweltminister Altmaier strebt nun eine tiefgreifende Reform der EEG-Umlage an, um die Erneuerbaren wettbewerbsfähig zu machen. Demgegenüber fordert die FDP eine Abschaffung des EEG und die Einführung eines Quotenmodells.

Der BEE begrüßt eine Reform des EEG, lehnt Mengenbegrenzungen und Quoten

jedoch entschieden ab. Umweltverbände fordern eine stärkere Entlastung der Bürger durch gleichmäßige Verteilung der Kosten. Dazu gehöre ein Abbau der Industrieprivilegien. Langfristig würde der Ausbau der Erneuerbaren positive Auswirkungen für Verbraucher und Industrie haben und Folgekosten, die durch Kohle und Atom entstehen, für künftige Generationen vermeiden. [uk]

► BEE: www.kurzlink.de/EEG_BEE

► BMU-Reform: www.kurzlink.de/EEG_Altmaier

► Plattform der vier Übertragungsnetzbetreiber: www.kurzlink.de/EEG_Netzbetreiber

EU-Emissionshandel**Handel mit Schiffsemissionen erst 2013**

■ Der Kommissionsvorschlag zum Einbeziehen der CO₂-Emissionen von Schiffen in den EU-Emissionshandel soll nun erst Anfang 2013 kommen. Vorher soll der Vorschlag zur vorübergehenden Stilllegung von Zertifikaten im Emissionshandel veröffentlicht werden, der demnächst erwartet wird. Die EU hatte angekündigt, den Schiffsverkehr in den Emissionshandel einzubeziehen, weil in Verhandlungen im Rahmen der Internationalen Schifffahrtskommission (IMO) bisher keine Einigung erzielt werden konnte. Umweltverbände kritisieren den „Verhandlungsstillstand“ und fordern von der EU, Druck auf die IMO auszuüben. [am]

► www.ec.europa.eu/clima/policies/transport_shipping/index_en.htm

Biokraftstoffe**Richtlinienvorschlag zur Reduzierung der Klimafolgen**

■ Die EU-Kommission hat Mitte Oktober einen Richtlinienvorschlag veröffentlicht, der die klimatischen Auswirkungen der

Biokraftstoffproduktion minimieren soll.

Die Erneuerbare-Energien-Richtlinie schreibt vor, dass bis 2020 zehn Prozent der europäischen Kraftstoffe aus erneuerbaren Quellen kommen müssen. Laut neuem Richtlinienvorschlag darf der Anteil von Biokraftstoffen aus Nahrungspflanzen daran nur noch fünf Prozent betragen.

Erstmalig berücksichtigt die EU-Kommission mit ihrem Vorschlag die indirekten Landnutzungsänderungen (indirect land use change – ILUC), die Biokraftstoffe hervorrufen. Durch den Anbau von Ölpalmen, Sojabohnen oder Raps wird zusätzliches Land für den Nahrungsmittelanbau benötigt, wodurch Regenwald gerodet werden muss, was zusätzliche CO₂-Emissionen verursacht. Laut wissenschaftlichen Studien sind Biokraftstoffe daher mindestens genauso umweltschädlich wie fossile Kraftstoffe.

Im Vergleich zu früheren Entwürfen (siehe umwelt aktuell 10.2012, S. 16) hat die EU-Kommission die Vorgaben jedoch deutlich abgeschwächt: Biokraftstoffproduzenten müssen über ILUCs lediglich berichten, können aber nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Nun erhofft sich die Kommission stärkere Investitionen in Biokraftstoffe der zweiten Generation, die aus Abfall oder Algen produziert werden. Sie führen zu weniger CO₂-Emissionen und stehen nicht direkt mit der Lebensmittelproduktion in Konkurrenz.

Umweltverbände wie das Europäische Umweltbüro (EEB) kritisieren, dass keinerlei Maßnahmen zur Bekämpfung von Emissionen aus ILUC vorgeschrieben sind. Sie werfen der Kommission vor, der Industrie nachgegeben zu haben, die nun so weitermachen könne wie bisher.

Die Biokraftstoffindustrie argumentiert, dass sie erst durch die EU-Politik wachsen konnte und fürchtet nun um Investitionen. Für den Fall, dass die EU-Kommission an ihren Plänen festhält, will sie Klage erheben. Als Nächstes verhandeln Parlament und Ministerrat den Vorschlag. Eine Einigung wird frühestens 2015 erwartet. [uk]

► www.kurzlink.de/EU_Biokraftstoff

► [EEB: www.kurzlink.de/EEB_Biokraftstoff](http://www.kurzlink.de/EEB_Biokraftstoff)

Ökosteuer

Privilegien für energieintensive Unternehmen

■ Der Bundesrat hat Ende September gebilligt, dass energieintensive Unternehmen weitere zehn Jahre von der Ökosteuer entlastet werden. Unternehmen müssen im Gegenzug Energiemanagementsysteme einführen und ihre Energieintensität reduzieren. Letztere Vorgabe können die Unternehmen jedoch laut Bundesumweltministerium ohne besondere Anstrengungen erreichen. Dies kritisiert die Deutsche Umwelthilfe (DUH) als „deutlich zu harmlos“. Sie hofft nun auf ein Einschreiten der Europäischen Kommission, welche die Subventionen genehmigen muss. Durch den Spitzenausgleich entstünden Steuermindereinnahmen in zweistelliger Milliardenhöhe, ohne dass die Industrie ihre Energieeffizienz entscheidend verbessern müsste. [fc]

► DUH: www.kurzlink.de/DUH_Spitzenausgleich

Stromversorgung

Abschaltverbot für Kraftwerke

■ Die Bundesregierung hat Mitte Oktober beschlossen, Kraftwerksbetreibern die Abschaltung unrentabler Kraftwerke zu verbieten. So sollen Engpässe im kommenden Winter vermieden werden. Kraftwerke dürften erst nach einer einjährigen Anmeldefrist stillgelegt werden, wofür die Betreiber Schadenersatz erhalten.

Demgegenüber erwartet die Bundesnetzagentur keinen Blackout im deutschen Stromnetz. Viele Probleme des vergangenen Jahres, die zu Engpässen in der Stromversorgung geführt hatten, seien gelöst. Der Präsident der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, ist sich sicher, dass es genügend Reserven für eine stabile Stromversorgung gibt. Trotzdem sollte die Kaltreserve noch vor dem Winter auf 2.000 Megawatt aufgestockt werden. Kraftwerke, die wieder

hochgefahren werden, können so mögliche Engpässe ausgleichen. [hk]

► Bundesnetzagentur, Bonn, Tel. +49 (0) 228 / 140, www.bundesnetzagentur.de

Fossile Energie

Die Folgen der kohlebasierten Wirtschaft

■ Das Climate Vulnerable Forum (CVF), ein Zusammenschluss von 20 Ländern, die besonders vom Klimawandel betroffen sind, hat in seinem Ende September veröffentlichten Bericht die negativen Folgen der kohlebasierten Wirtschaft angeprangert.

Die Folgen dieser Wirtschaftsweise für Klima und Umwelt würden heute schon pro Jahr 1,6 Prozent des globalen BIP kosten. Wenn es so weiterginge, könnte der Verlust im Jahr 2030 bis zu 3,2 Prozent des BIP betragen. Damit seien die wirtschaftlichen Verluste höher als die geschätzten Kosten eines grünen Entwicklungspfades, die sich auf 0,5 Prozent des BIP belaufen. Ein weiteres Ergebnis ist, dass für die Anpassung bedrohter Staaten an die Folgen des Klimawandels jährlich 150 Milliarden Dollar gebraucht würden. Die Kosten für Untätigkeit würden weit darüber liegen.

Das kohlebasierte Wirtschaften habe jedoch nicht nur finanzielle Folgen: Durch Luftverschmutzung würden weltweit jährlich fünf Millionen Menschen sterben, bis 2030 könnte es eine Million mehr sein. Die Anzahl der Klimatoten durch Hungersnöte und Krankheiten wie Malaria beziffert der Bericht jährlich auf 400.000. [uk]

► CVF-Studie (engl.): www.kurzlink.de/Report_CVF

Fracking

Ausschüsse uneinig

■ Sowohl der Umweltausschuss im EU-Parlament (ENVI) als auch der Ausschuss für Industrie und Energie (ITRE) haben Mitte September über Initiativberichte ►

Nachhaltigkeit

A-Z



P wie Potenzial

In vielen Entwicklungs- und Schwellenländern ist das Potenzial für Erneuerbare Energien zwar enorm, das nötige Kapital für Investitionen vor Ort aber selten vorhanden. Die Fördermechanismen der Klimarahmenkonvention und des Kyoto-Protokolls können hier Abhilfe schaffen. Sylvia Borbonus liefert wichtige Erkenntnisse zur Markteinführung erneuerbarer Energien in Entwicklungsländern und zur effektiven Umsetzung internationaler Klimapolitik.

S. Borbonus
**Erneuerbare Energien in
 Entwicklungsländern**

Synergien zwischen Globaler Umweltfazität
 und Clean Development Mechanism

256 Seiten, broschiert, 34,95 Euro,
 ISBN 978-3-86581-405-0

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

oekom

Die guten Seiten der Zukunft

zur umstrittenen Frackingtechnologie abgestimmt. Der Industrieausschuss will die Entscheidung, die Technologie zu nutzen, den einzelnen Mitgliedstaaten überlassen. Umweltverbände bemängelten, der ITRE-Bericht falle zu industriefreundlich aus.

Der ENVI fordert, die Richtlinie über Umweltverträglichkeitsprüfungen mit Beteiligung der Öffentlichkeit auf Frackingvorhaben anzuwenden. Außerdem solle die Kommission die Ausweitung der Umweltaftungsrichtlinie auf Fracking prüfen.

Fracking ist eine Methode, bei der mit Chemikalien versetzte Flüssigkeit in Tiefenbohrungen gepresst wird, um Öl- und Gas aus schwer zugänglichem Speichergestein zu fördern. [am]

- ▶ www.kurzlink.de/ITRE_Berichtsentwurf
- ▶ www.kurzlink.de/ENVI-Berichtsentwurf

Atomenergie international

Japan will Atomausstieg

■ Japan will bis zum Jahr 2040 alle Kernkraftwerke im Land etappenweise abschalten. Mit diesem Beschluss zog die Regierung Mitte September die Konsequenz aus der Katastrophe von Fukushima vor anderthalb Jahren. So sollen in Japan keine neuen AKWs gebaut werden. Die als sicher eingestuften Reaktoren werden zwar weiterlaufen, aber nach spätestens 40 Jahren vom Netz genommen. Nach Veröffentlichung der Pläne gab es allerdings Proteste der japanischen Industrie. Ob das Zieljahr 2040 erhalten bleibt, ist unklar.

Der beschlossene Atomausstieg ist dennoch ein wichtiges Symbol, weil Japan zu den größten Kernenergienutzern gehört und ursprünglich die Kernenergie weiter ausbauen wollte. Nun will das Land verstärkt erneuerbare Energien nutzen. Bis 2030 soll deren Anteil auf 30 Prozent wachsen. Umweltverbände, zum Beispiel Friends of the Earth Japan, werten die Proteste nach dem GAU in Fukushima als erfolgreich. Auch der Großteil der Japaner steht hinter dem Entschluss. [hk]

- ▶ Friends of the Earth Japan, www.foejapan.org/en

EU-Atompolitik

Europäische AKWs fallen durch Stresstest

■ Fast alle 132 Reaktoren der 58 AKWs in der EU weisen Sicherheitsmängel auf. Dies geht aus dem Abschlussbericht des Stresstests der EU-Kommission hervor. Defizite bestehen bei der Umsetzung der Leitlinien der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) für schwere Unfälle. Manche Staaten hatten nicht einmal die Standards umgesetzt, die nach der Atomkatastrophe in Tschernobyl 1986 vereinbart worden waren. Verbesserungsbedarf gibt es bei der Kalkulation von Flut- und Erdbebenrisiken. Zehn der überprüften Reaktoren haben keine seismischen Geräte installiert. In vier Reaktoren wäre bei Stromausfall deren Kühlung maximal eine Stunde gesichert.

Nun sind Nachrüstungen für die Sicherheit der AKWs erforderlich. Diese können die europäischen Energiekonzerne in den kommenden Jahren bis zu 25 Milliarden Euro kosten. Bis Ende des Jahres sollen die Mitgliedstaaten Aktionspläne aufstellen, wie sie die Mängel beheben wollen. 2014 will die Kommission dann einen Bericht über die Umsetzung vorlegen. [uk]

- ▶ EU-Kommission zu Stresstests mit Abschlussbericht (engl.): www.kurzlink.de/EC_Stresstests

Atomhandel

Dunkle Geschäfte mit strahlendem Brennstoff

■ Die Süddeutsche Zeitung (SZ) hat Mitte September berichtet, dass in den letzten Jahren große Mengen militärischen Urans aus Russland in deutschen Atomkraftwerken eingesetzt worden sind. Im Zuge des Abrüstungsprogramms von 2002 verschrottete die russische Regierung zahlreiche Atomwaffen. Das Uran wurde zu Brennstäben verarbeitet, die auch nach Deutschland geliefert worden sind. Anlass zur Skepsis liefert das Verhalten der großen

Energiekonzerne. Anstatt ihren Ruf mit dem vermeintlichen Friedensprojekt aufzubessern, hielten die Konzerne das Projekt zehn Jahre lang geheim. Auch nach der Enthüllung hüllt man sich bei EnBW und Co. in Schweigen. Die SZ vermutet, dass mehr als nur ein normaler Handel hinter dem Geschäft steckt. So berichtet die Zeitung über vertrauliche Akten mit brisanten Informationen. Einige Manager hätten geplant, der Bundesregierung bei Gesprächen über den eventuellen Kauf von russischem Plutonium Fakten vorzuenthalten. Die SZ zitiert ein internes Schreiben der Atombranche, aus dem hervorgeht, dass bewusst keine Angaben zur Menge des Plutoniums gemacht werden sollten. Die Restlaufzeit der AKWs hätte nicht ausgereicht, um das gesamte erworbene Plutonium zu verheizen. So hätte eine Laufzeitverlängerung erzwungen werden können. Die SZ berichtet nicht, ob es tatsächlich zum Kauf von Plutonium gekommen ist, und wie sich der Fall weiterentwickelt hat. [fc]

► SZ: www.kurzlink.de/dunkleorangechaefte

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Umfrage

Umweltfreundliche Produkte mehrheitlich unbekannt

■ Mehr als jeder zweite Deutsche fühlt sich im Supermarkt schlecht informiert, ob ein Produkt umweltfreundlich ist oder nicht. Das ergab eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid im Auftrag des NABU. 64 Prozent der Befragten gaben an, nicht erkennen zu können, ob Lebensmittel ökologisch hergestellt wurden. Zudem wissen 57 Prozent der Befragten beim Einkaufen nicht, ob eine Verpackung der Umwelt schadet.

Label seien für Verbraucher oft schwer zu verstehen, kritisierte der NABU. Händler könnten es Verbrauchern leichter machen, indem sie verstärkt umweltfreundliche

Produkte anbieten und diese prominent platzierten. Dadurch könne ein nachhaltiger Konsum unterstützt werden. Der Lebensmitteleinzelhandel sei bereits auf einem guten Weg. Immer mehr Händler nähmen Verbraucherwünsche ernst, lobte Indra Enterlein, NABU-Expertin für Umweltpolitik. Dies zeige sich in der hohen Bewerberzahl für den Grünen Einkaufskorb 2012, bei dem sich Lebensmittelmärkte miteinander messen. Der NABU-Preis, wurde am 22. Oktober 2012 in Berlin vergeben. [mbu]

► www.nabu.de/gruener-einkaufskorb

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarbeihilfen

Wer profitiert?

■ Die EU-Kommission hat Ende September neue Regeln für die Veröffentlichung der Daten von E2mpfängern der EU-Agrarsubventionen vorgeschlagen. Das soll mehr Transparenz schaffen. Mit der Neuregelung reagiert die Kommission auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) von 2010, das eine Überarbeitung der bestehenden Vorschriften zur Bekanntmachung von Angaben natürlicher Personen, die Beihilfen aus dem Agrarfonds erhalten, notwendig machte. Der neue Vorschlag berücksichtigt den Schutz personenbezogener Daten und setzt der Veröffentlichung von Namen Grenzen. So sind Landwirte, die höchstens 500 Euro im Jahr aus Brüssel erhalten, generell von der Regelung ausgenommen.

Zudem soll klarer werden, wofür die Empfänger das Geld erhalten. Die Nutznießer müssen künftig nämlich detaillierter angeben, welche Art Beihilfe sie bekommen und für welche Maßnahmen sie das Geld aus den EU-Landwirtschaftsfonds ausgeben. Der agrarpolitische Sprecher der Grünen/EFA im Europäischen Parlament Martin Häusling lobte den Vorstoß der EU-Kommission. Für die Öffentlichkeit sei es

wichtig zu erfahren, ob die Mittel für Umweltmaßnahmen oder für den Bau großer Mastställe eingesetzt würden. Dass die Menschen in Europa Transparenz wollen, zeige nicht zuletzt eine Eurobarometer-Umfrage aus dem vergangenen Jahr, wonach 62 Prozent der Befragten informiert werden wollen, welche Betriebe Agrarsubventionen erhalten. [mbu]

► www.europa.eu/rapid (Reference: IP/12/1006)

► Empfänger von Agrarsubventionen: www.ec.europa.eu/agriculture/funding/index_de.htm

► Die Grünen/EFA im EU-Parlament: www.greens-efa.eu/de.html

Agrarwende

Ökolandbau gegen weltweiten Hunger

■ Anlässlich des Welternährungstags am 16. Oktober haben Umweltverbände, ökologische Lebensmittelerzeuger und Politiker gefordert, Kleinbauern zu stärken. Ökologische Landwirtschaft und Fairer Handel biete vielen Bauern und Kleinbauern ein sicheres Einkommen, Spielraum für Investitionen und eine Zukunftsperspektive, sagte Tanruang Boonjira, Hauptgeschäftsführerin der thailändischen Kooperative Green Net während ihres Besuchs in München.

Das bestätigte bereits der Weltagrarbericht von 2008. Denn die ökologische kleinbäuerliche Landwirtschaft arbeitet mit geringem Ressourceneinsatz und ist technisch effizient. Die Agrarpolitik in der EU unterstütze allerdings weiter die industrielle Landwirtschaft, kritisierte der Erzeugerverband Naturland. Die Kampagne „Öko + Fair ernährt mehr!“ versucht deshalb, weltweit eine nachhaltige und gerechte Bewirtschaftung voranzubringen.

Martin Häusling, Europaabgeordneter der Grünen, Mitglied des Agrarausschusses im EU-Parlament und selbst Ökolandwirt, verwies zudem auf internationale Studien, die die Vorteile des Ökolandbaus belegen. Demnach sei erwiesen, dass der ökologische Landbau sparsamer mit Energie

umgehe und zugleich ähnlich hohe Erträge erzielen könne wie die konventionelle Landwirtschaft. [mbu]

- ▶ www.oekoplusfair.de
- ▶ www.martin-haesling.eu

Artgerechte Haltung

EU-Parlamentarier wollen weniger Antibiotika für Tiere

■ Der Agrarausschuss des Europäischen Parlaments hat im Oktober über das Risiko für die menschliche Gesundheit durch Antibiotikaresistenz debattiert. Die Ausschussmitglieder sprachen sich dafür aus, artgerechte Tierhaltungsformen zu fördern und den Einsatz von Antibiotika zu begrenzen, die die Weltgesundheitsorganisation (WHO) für die Behandlung von Menschen empfiehlt.

Damit folgten die Abgeordneten teilweise den Vorschlägen des Berichterstatters Martin Häusling (Grüne/EFA). Allerdings wollten sich viele Ausschussmitglieder nicht auf eine konkrete Begrenzung für den Einsatz von Antibiotika festlegen. Häusling macht dafür den europäischen Bauernverband COPA-COGECA mitverantwortlich. Dieser habe Lobbyarbeit betrieben, um die Einführung von Reduktionszielen zu verhindern, kritisierte Häusling. So könne die anhaltend hohe Antibiotikaresistenz nicht eingedämmt werden.

In den vergangenen Jahren ist das Vorkommen von hochpathogenen Mikroorganismen, die in der Humanmedizin nicht mehr mit einem Antibiotikum behandelt werden können, deutlich gestiegen. Die EU-Kommission hatte dazu 2011 einen Zwölfpunkteplan vorgelegt.

Auch die Bundelandswirtschaftsministerin Ilse Aigner will den Antibiotikaeinsatz dämmen. Dazu beschloss die Bundesregierung im September das deutsche Arzneimittelgesetz zu novellieren. [mbu]

- ▶ Entwurf Stellungnahme Martin Häusling: www.kurzlink.de/antibiot-tiere-ep12
- ▶ www.kurzlink.de/bmelv-amg-novelle

Nachhaltige Landwirtschaft

Partnerschaftsabkommen zwischen EU und IFAD

■ Die EU und der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) haben Anfang Oktober in Brüssel eine gemeinsame Absichtserklärung unterzeichnet, um die Zusammenarbeit zwischen der EU und dem IFAD in der Landwirtschaft weiter zu verstärken.

Vor allem bei der nachhaltigen Landwirtschaft sowie Ernährungssicherheit und Nährstoffversorgung soll die Partnerschaft verstärkt werden, um die Armut in ländlichen Gebieten in Entwicklungsländern zu verringern.

Priorität haben dabei die Entwicklung von Technologien zur nachhaltigen Intensivierung der Landwirtschaft und die Förderung innovativer ländlicher Finanzierungsmechanismen, die vor allem Kleinbauern zugutekommen. Weitere Schwerpunkte sind die Unterstützung der Kleinbauern bei der Anpassung an den Klimawandel und die Gewährleistung eines gerechten Zugangs zu Landbesitz. [UWD]

- ▶ www.ec.europa.eu/europeaid/index_de.htm
- ▶ IFAD: www.ifad.org

Studie der Uni Caen

Genmais verursacht Krebs bei Tieren

■ Französische Forscher haben erhebliche gesundheitliche Schäden bei Ratten festgestellt, die mit gentechnisch verändertem Mais gefüttert wurden. Die EU-Kommission kündigte an, die Studie der Universität Caen bis Ende des Jahres durch die EU-Lebensmittelbehörde EFSA bewerten zu lassen. Deutschland beauftragte das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) und das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) mit der Prüfung der Daten.

Wenn sich die Ergebnisse der Studie bestätigen, will sich sein Land dafür einsetzen,

gesundheitsgefährdende Genlebensmittel zu verbieten, sagte der französische Premierminister Jean-Marc Ayrault. Die Forscher beobachteten zwei Jahre lang 200 Ratten, die mit dem Genmais NK603 der Firma Monsanto gefüttert wurden. Die Tiere bekamen deutlich häufiger Krebs als ihre Artgenossen, die herkömmliches Futter fraßen. Der Mais ist in der EU zwar nicht für den Anbau zugelassen, aber in Tierfutter und Lebensmitteln erlaubt.

Der Gentechnik-Experte Christoph Then von Testbiotech hält die Untersuchung für belastbar. Es sei eine umfassende Studie über einen längeren Zeitraum und mit mehr Parametern als in der Industrie üblich, sagte er dem Sender Phoenix. Die Kritiker müssten sich fragen lassen, warum sie die Studien der Industrie nicht mit der gleichen Aufmerksamkeit verfolgten. [mbu]

- ▶ Link zur französischen Studie: www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0278691512005637
- ▶ Testbiotech: www.testbiotech.org/

Kennzeichnung

Genpollen in Honig erlaubt?

■ Ende September hat die Europäische Kommission einen Vorschlag zur Änderung der Vorschriften über Honig angenommen. Durch den Vorschlag der Kommission soll die Honigrichtlinie von 2001 novelliert und Pollen als natürlicher Bestandteil von Honig angesehen werden. Imker fürchten, die Kommission wolle so die Vermarktung von Honig mit gentechnisch veränderten Pollen ermöglichen.

Bisher sind Pollen als Zutat von Honig definiert. Dies hatten 2011 die Richter des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) entschieden. Sie legten fest, dass Honig, der Spuren gentechnisch veränderter Pflanzen enthält, nicht ohne Genehmigung verkauft werden darf. Imker fürchten nun, die Kommission wolle durch die Definition von Pollen als natürlicher Bestandteil von Honig diesem Urteil die Grundlage entziehen, da gentechnisch verunreinigter Honig dann nicht mehr gekennzeichnet werden müsse.

Thomas Radetzki, Sprecher des Bündnisses zum Schutz der Bienen vor Agrogentechnik, kritisiert den Kommissionsvorschlag: „Man tut uns mit der geplanten Änderung keinen Gefallen. Denn es waren gerade wir Imker, die im Interesse der Transparenz und Wahlfreiheit für unsere Kunden das Honigurteil vor dem Europäischen Gerichtshof erstritten haben. Hier soll offenbar eine Richtlinie geändert werden, weil sie den Interessen der Gentechniklobby widerspricht.“ Die EU-Kommission indes erklärte, der Vorschlag betreffe nicht das Urteil des EuGH. [ej]

- ▶ EU-Honigrichtlinie:
www.kurzlink.de/eu-honig-rl-2001.pdf
- ▶ Vorschlag der Kommission:
www.kurzlink.de/novel-honig-rl-2012
- ▶ Bündnis zum Schutz der Bienen vor Agrogentechnik: www.bienen-gentechnik.de

(Grüne) hat im Oktober die entsprechende Urkunde unterschrieben.

„Die einzigen Gewinner der Agrogentechnik sind Großkonzerne. Dabei können Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt durch den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen derzeit nicht ausgeschlossen werden“, sagte der Minister.

Auch die Bundesländer Thüringen und Nordrhein-Westfalen gehören dem Netzwerk an. Insgesamt sind es nun 57 europäische Regionen und lokale Behörden. Alle verzichten offiziell auf den Anbau von Gentechnik auf landeseigenen Flächen. In Baden-Württemberg wuchsen zuletzt 2008 gentechnisch veränderte Pflanzen. [mbu]

- ▶ <http://gmofree-euroregions.regione.marche.it>

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Gentechnikfreie Regionen

Netzwerk in Europa wächst

■ Dem Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen schließen sich immer mehr neue Mitglieder an. Nach Schleswig-Holstein und dem Saarland ist nun auch Baden-Württemberg dem Bündnis beigetreten. Agrarminister Alexander Bonde

CBD-Konferenz

Mehr Geld für Artenschutz

■ Die 193 Vertragsstaaten der Konvention über Biologische Vielfalt haben auf ihrer Konferenz zum Artenschutz im indischen Hyderabad einen Rettungsplan beschlossen. Bis 2015 werden demnach

die Industriestaaten doppelt so viel an die Entwicklungsländer zahlen wie bisher. Die Hilfszahlungen für die Natur sollen dann zehn Milliarden Dollar jährlich betragen. Das sind etwa 7,7 Milliarden Euro.

Nach dem Willen von Umweltverbänden soll das Geld unter anderem in neue Nationalparke, Waldschutzgebiete und nachhaltige Landnutzungsgebiete in den ärmeren Ländern fließen. Geld allein könne das Artensterben aber nicht aufhalten, auch wenn diese unabdingbar beispielsweise für die Wiederherstellung zerstörter Lebensräume wie Moore und Wälder seien, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. Die Schaffung eines Bewusstseins für den Wert der biologischen Vielfalt, von der Bevölkerung bis zu den politischen Entscheidungsträgern, sei auch mit finanziellen Ausgaben verbunden. Weiger hob das Engagement der deutschen Delegation hervor, die sich sehr für einen erfolgreichen Abschluss der Konferenz eingesetzt habe. Das Forum Umwelt und Entwicklung fordert die Zivilgesellschaft auf, weiter Druck auf die zuständigen Politiker zu machen. Der DNR hatte zuvor an die Bundesregierung und die EU appelliert, eine Vorreiterrolle in den Verhandlungen einzunehmen. [ej, mbu]

- ▶ Website der CBD: www.cbd.int
- ▶ www.dnr.de

Nachhaltigkeit

A-Z



S wie Strahlenbelastung

Vor lauter Begeisterung wird verdrängt, was eigentlich seit langem bekannt ist: Handys, Schnurlos-Telefone, WLAN und mobiles Internet verursachen eine Strahlenbelastung, von der wir alle täglich betroffen sind. Viele tausend Menschen in Deutschland macht das krank – und doch spricht kaum jemand offen darüber. Der Theologe und Publizist Werner Thiede gibt ausführlich Auskunft über die Risiken und Gefahren.

Werner Thiede
Mythos Mobilfunk
Kritik der strahlenden Vernunft
 302 Seiten, broschiert, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-404-3

Erhältlich bei
www.oekom.de | oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft 

Artenschutz**Mehr Tiger leben in Nepal**

■ Seit 2009 hat sich der Tigerbestand in Nepal mehr als verdoppelt. Das teilten die Naturschutzstiftung WWF und die nepalesische Naturschutzbehörde mit. Bei einem umfassenden dreimonatigen Tigermonitoring im Tigim Bardia National Park konnten sie 37 Großkatzen identifizieren.

„Lokale Bevölkerung, Ranger und nationale Politik arbeiten in Nepal Hand in Hand, um das Überleben der Tiger zu sichern“, sagte WWF-Artenschutzexperte Volker Homes. Die Ergebnisse zeigten, dass das Ziel der internationalen Staatengemeinschaft, die weltweiten Bestandszahlen der Tiger bis zum Jahr 2022 auf mehr als 6.000 zu verdoppeln, erreichbar sei.

Zum Schutz der Tiere finanziert der WWF in Nepal mehrere Anti-Wilderer-Einheiten in der lokalen Bevölkerung. Diese sollen in dem Nationalpark und den umliegenden Gemeinden gegen Wilderei vorgehen. Somit konnte nicht nur die illegale Jagd auf Tiger, sondern auch auf deren Beutetiere eingedämmt werden. Dadurch gibt es auch wieder mehr Hirsche und Antilopen in dem Land miten im Himalaya. [ej]

► WWF: www.kurzlink.de/wwftigerbest

Biodiversität**Studie: Artensterben durch Welthandel**

■ ForscherInnen haben nachgewiesen, dass der internationale Handel für die Gefährdung von rund einem Drittel der biologischen Vielfalt in Entwicklungsländern verantwortlich ist. Die Wissenschaftler aus Australien, Japan und Italien beschreiben Produkte und Lieferketten, die für die Vernichtung des Lebensraums von Tieren und Pflanzen verantwortlich waren und schlagen Lösungen vor, wie weitere Verluste verhindert werden können. Sie kritisierten zum Beispiel Kaffeeplantagen in Mexiko,

Bringt Hyderabad den Rettungsschirm für Artenvielfalt?

Die Industriestaaten zahlen doppelt so viel wie bisher zum Schutz der biologischen Vielfalt. Der Rettungsplan wurde gelobt, aber die Zivilgesellschaft muss weiter Druck machen, findet Claudia Kabel vom Forum Umwelt und Entwicklung.

Vom 9. bis 18. Oktober rangen im indischen Hyderabad VertreterInnen von 193 Staaten auf der 11. Vertragsstaatenkonferenz der UN-Konvention über die Biologische Vielfalt (CBD COP11) hart um einen Kompromiss. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stand die Frage, wie die vor zwei Jahren in Nagoya beschlossenen und als Durchbruch gefeierten Ziele („Aichi-Targets“) und des Strategischen Plans zum Schutz der Biologischen Vielfalt finanziert werden sollen. Der Kompromiss der Konferenzteilnehmer von Hyderabad sieht vor, dass die Finanzmittel für die biologische Vielfalt bis 2015 auf der Basis der durchschnittlichen Ausgaben der Jahre 2006–2010 verdoppelt werden und bis 2020 mindestens auf diesem Niveau bleiben.

Die deutschen Umweltverbände lobten den in den frühen Morgenstunden in Hyderabad beschlossenen Plan zur Steigerung der weltweiten Mittel zum Schutz der Biodiversität. Positiv herauszuheben ist insbesondere der Einsatz der Europäischen Union, die hart um einen internen Kompromiss ringen musste, und die sehr konstruktive Rolle der afrikanischen Staaten, die schon zu einem frühen Zeitpunkt der Verhandlungen in Vorleistung gegangen sind und eingewilligt haben, die eigenen Finanzmittel für den Erhalt der biologischen Vielfalt in ihren Ländern zu erhöhen. Bis zuletzt war die Frage zusätzlicher Finanzen zwischen sogenannten Geber- und Nehmerländern umstritten. Und der im Gegensatz zu den Verhandlungen des Nachhaltigkeitsgipfels im Juni dieses Jahres in Rio im Rahmen der CBD deutlich wahrnehmbare gemeinsame Spirit, die gemeinsame Sache, den Schutz der Lebensgrundlagen der Menschen nicht nur auf dem Papier voranzubringen, stand zeitweise auf der Kippe. Brasilien, China und Kanada fielen wegen ihrer Blockadehaltung negativ auf.

Um die in der Überschrift gestellte Frage zu beantworten - bringt Hyderabad den erhofften Rettungsschirm für die Artenvielfalt? Ja und Nein: Die Ergebnisse der COP 11 sind ein Schritt in die richtige Richtung und mit den zusätzlichen Finanzmitteln

kann die Umsetzung nun weiter vorangetrieben werden. Hyderabad brachte wichtige Fortschritte wie etwa die Ausweisung von Meeresschutzgebieten. Eine Einigung zu Finanzierungsfragen, mit der alle Akteure leben können, ist in der derzeitigen politischen Gemengelage an sich schon ein Erfolg. Aber ohne weitere Schritte werden der Strategische Plan von Nagoya nicht mit Leben gefüllt und die „Aichi-Targets“ nicht erreicht werden können. Dabei wird die Entscheidung, wie viel Geld den einzelnen Staaten der Schutz der Biodiversität und damit die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen wert ist, nicht nur in Hyderabad oder in den Umweltministerien getroffen. Die engen Vorgaben der Hauptstädte machten schon innerhalb der EU einen Kompromiss nicht nur schwierig, sondern fast unmöglich. Entscheidend ist letztlich, wie viel Druck die Zivilgesellschaft zum Beispiel auf Finanz- oder Agrarministerien aufbauen kann. Das gilt nicht nur für Deutschland, aber auch.

Die Erwartungen an die Ergebnisse der COP11 wurden in der Summe nicht enttäuscht: Der nächste Punkt auf der langen Liste der Dinge, die erledigt werden müssen, ist geschafft. Bleiben die offenen Fragen: Wie können Anstrengungen zum Schutz der Natur und Klima gemeinsam vorangetrieben werden, ohne dass sie ständig gegeneinander ausgespielt werden? Wie bekommt man in die Köpfe aller Akteure, dass Schutz der biologischen Vielfalt mehr als die unbestritten wichtige Ausweisung von Naturschutzgebieten ist, sondern auch die EU-Politik zu Biofuels umfasst? Zumal die relativ geringe Medienresonanz zeigt, dass der dramatische Schwund von Arten und Naturräumen in der öffentlichen Wahrnehmung keinen allzu hohen Stellenwert hat.

Die Biologin Claudia Kabel koordiniert das Projekt „Auf dem Weg nach Rio+20“ beim Forum Umwelt und Entwicklung in Berlin.

Kontakt:

Tel. +49 (0)30 / 6781775-74, Fax -80, E-Mail: c.kabel@forumue.de, www.forumue.de

Ölpalmenplantagen in Malaysia oder Rinderfarmen in Brasilien.

Rund 7.000 bedrohte Arten, die auf der Roten Liste für gefährdete Arten stehen, konnten im Rahmen der Studie mit 15.000 Produkten in 187 Ländern in Verbindung gebracht werden. Die Produkte werden unter anderem in den USA und den EU-Ländern verkauft. Die Studienergebnisse wurden in der Fachzeitschrift „Nature“ veröffentlicht, der Zugriff auf den Volltext des Artikels ist kostenpflichtig. [UWD]

- EU-Kommission zum Artensterben: www.kurzlink.de/com299na3

Gebietsfremde Arten

Informationen online

■ Im September hat die EU-Kommission das Informationsnetz EASIN (European Alien Species Information Network) vorgestellt. Darin sind Informationen zu 16.000 gebietsfremden Arten gebündelt. Durch den internationalen Warenaustausch werden auch Pflanzen und Tiere über weite Entfernungen in Gebiete gebracht, in denen sie nicht heimisch sind. In Europa haben sich so bisher mehrere Tausend neue Tier- und Pflanzenarten angesiedelt. Mitunter passen sich gebietsfremde Arten so erfolgreich an ihre neue Umgebung an, dass sie lokale Ökosysteme bedrohen und zum Verlust der biologischen Vielfalt beitragen. Jährlich verursachen sie EU-weit Schäden von rund zwölf Milliarden Euro. [ej]

- EASIN-Netzwerk: easin.jrc.ec.europa.eu
- EU-Kommission: www.kurzlink.de/pmcomeasin

Naturschutz national

Licht und Schatten bei den Daten zur Natur 2012

■ Einen umfassenden Überblick über den Zustand und die Nutzung von Natur und Landschaft geben die „Daten zur Natur 2012“, die das Bundesumweltmi-

nisterium (BMU) und das Bundesamt für Naturschutz (BfN) im September vorgestellt haben. Die Daten informieren über die Gefährdung der biologischen Vielfalt und dokumentieren bisher durchgeführte Maßnahmen der Bundesregierung, biologische Vielfalt zu erhalten. So konnte die Gesamtfläche der Naturschutzgebiete von 1997 bis 2010 von etwa 824.000 Hektar auf rund 1,31 Millionen Hektar erweitert werden. Weiterhin stieg die Zahl der Biosphärenreservate in den letzten Jahren von 13 auf 16. Deren Gesamtfläche beträgt nun 1,85 Millionen Hektar.

Als Erfolge für den Artenschutz sehen BMU und BfN die Bestandsentwicklungen von Fischotter, Wolf und Biber. Deren Entwicklung zeige, dass gezielte Management- und Schutzkonzepte einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt leisten können. Beide Behörden betonen weiterhin, dass Naturschutz in alle relevanten Politikbereiche integriert werden müsse, um die Natur zu schützen und deren nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten. Im nächsten Frühjahr will die Bundesregierung nun einen ersten Rechenschaftsbericht über die erreichten Ziele und umgesetzten Maßnahmen der 2007 beschlossenen Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt vorlegen. [ej]

- BMU: www.kurzlink.de/bmudatnat2012
- BfN: www.kurzlink.de/bfndatnat2012

TIERSCHUTZ & ETHIK

Tierversuchsstatisik

Im Namen der Wissenschaft

■ Der Verein Ärzte gegen Tierversuche hat im September eine neue Statistik zu Tierversuchen in Deutschland veröffentlicht. An der Spitze der bundesweiten Negativrangliste steht Baden-Württemberg mit über einer halben Million Versuchstieren im Jahr 2010. Nordrhein-Westfalen und Berlin folgen auf Platz zwei und drei. Die Ärzte kritisierten, dass die Zahl der im

Namen der Wissenschaft getöteten Tiere mit 2,9 Millionen viel zu hoch sei. Zudem würden vor allem in Baden-Württemberg Experimente durchgeführt, die unzeitgemäß und respektlos seien. [fc]

- Ärzte gegen Tierversuche, Braunschweig, Tel. +49 (0)531 / 60944-791, Fax-792, www.aerzte-gegen-tierversuche.de

Handel mit Tieren

Weniger Exoten importieren

■ Zum Thema „Import und Haltung von exotischen Tieren in Europa“ haben sich im Oktober internationale Experten, Tiermediziner, und Abgeordnete des EU-Parlaments getroffen. Auf der Konferenz in Zypern forderten die Parlamentarier und die Föderation der Tierärzte in Europa (FVE) die EU-Kommission auf, den Handel mit exotischen Tieren zu kontrollieren und Maßnahmen zu beschließen, die die Einfuhr beschränken. Zum Abschluss der Konferenz veröffentlichten die Teilnehmer ein Schreiben mit zehn Forderungen. Unter anderem wollen sie ein EU-weites Gesetz zum Schutz exotischer Tiere. Zudem soll es Maßnahmen geben, die die Tiere in Europa vor unhaltbaren Lebensbedingungen schützen und die Ausbeutung der Tier- und Pflanzenwelt in den Herkunftsländern unterbinden. [fc]

- www.fve.org

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Auszeichnung

EU bekommt Friedensnobelpreis

■ Das Nobelpreiskomitee hat im Oktober den diesjährigen Friedensnobelpreis an die Europäische Union vergeben. Sie bekommt den Preis als historische Aus-

Nachhaltigkeit

A-Z



E wie Ernährungssouveränität

Bei Ernährung denken wir zuerst ans Essen. Dies greift jedoch vor dem Hintergrund ökologischer und sozialer Herausforderungen oft viel zu kurz. Die Autoren nehmen daher die emotionale Seite der Nahrungsaufnahme ebenso wie die sozialen Aspekte der Ernährung in den Blick. Beispielhaft zeigen sie anhand kleinbäuerlicher (Bio-) Landwirtschaft in den Tropen Lösungswege aus der globalen Ernährungskrise auf.

K. Egger, S. Pucher (Hrsg.)
Was uns nährt, was uns trägt
 Humanökologische Orientierung
 zur Welternährung
 Edition Humanökologie Band 7
 312 Seiten, broschiert, 39,95 Euro,
 ISBN 978-3-86581-319-0

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de


 Die guten Seiten der Zukunft

zeichnung „für ihren über sechs Jahrzehnte währenden Beitrag zu Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten“.

Der Direktor von Greenpeace Europa, Jorgo Riss, kommentierte die Entscheidung, dass die EU zwar zum Frieden in Europa beigetragen und ihn in den letzten 60 Jahren gefestigt habe. Mit dem Klimawandel und anderen schweren Umweltbelastungen drohe die EU aber eine wichtige neue Quelle von Konflikten zu werden. „Wir werden die führenden Politiker Europas beobachten, ob sie auch eine wirklich transformative Rolle im Umweltschutz übernehmen, innerhalb und außerhalb der EU-Grenzen. Die Union hat diese Auszeichnung für Taten in der Vergangenheit gewonnen. Durch Maßnahmen in der Zukunft muss sie erst noch beweisen, dass sie ihn auch verdient.“

Bundeskanzlerin Angela Merkel fand es eine „wunderbare Entscheidung“ des Nobelpreis-Komitees, die Auszeichnung sei „Ansporn und Verpflichtung zugleich“. Der EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso nannte die Auszeichnung eine „große Ehre“ – der Preis gelte allen 500 Millionen EU-BürgerInnen.

Ob diese 500 Millionen BürgerInnen sich die 930.000 Euro Preisgeld teilen, ob das Geld in die finanzkrisengeschüttelten Regionen fließt und wer den Preis entgegen nimmt, ist bisher nicht bekannt. Eventuell wird das Geld an eine gemeinnützige Organisation spendet.

Die Informationsstelle Militarisation (IMI) errechnete, dass die 27 EU-Staaten im Jahr 2011 rund 281 Milliarden Dollar für Rüstung und Militär ausgegeben haben. In der Krise seien die Ausgaben zwar gesunken, jedoch hätten hauptsächlich die EU-Staaten mit Finanzproblemen ihre diesbezüglichen Etats gekürzt.

Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation Fortress Europe sterben in Friedenszeiten an den EU-Grenzen mehr Menschen als an anderen Grenzen. Zwischen 1988 und 2011 wurden dort insgesamt 17.738 tote ImmigrantInnen gezählt. [jg]

- ▶ www.eu-koordination.de (EU-News – 12.10.2012)
- ▶ www.nobelprize.org

EU-Kommissionsteam

Borg löst Dalli ab

Der frühere Außenminister von Malta Tonio Borg ist neuer EU-Kommissar für Gesundheits- und Verbraucherpolitik. Sein Vorgänger John Dalli hatte am 16. Oktober seinen Rücktritt erklärt. Er reagierte damit auf Ermittlungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF), die nach einer Beschwerde des Tabakherstellers Swedish Match eingeleitet wurden. Der Tabakkonzern behauptet, ein maltesischer Geschäftsmann habe dem Konzern angeboten, seine Beziehungen zu Dalli zu nutzen, um Einfluss auf die von Dalli angestrebte Überarbeitung der Tabakrichtlinie zu nehmen. Als Gegenleistung forderte der Geschäftsmann Geld von Swedish Match. Laut Abschlussbericht von OLAF hat Dalli von den Vorgängen gewusst, es gibt jedoch keinen Beweis für seine direkte Beteiligung. Es war noch kein Geld geflossen und die Richtlinie sei nicht im Interesse des schwedischen Konzerns geändert worden. Dalli streitet ein Fehlverhalten ab.

Der Gesetzentwurf, der schärfere Warnhinweise auf Zigarettenschachteln vorsieht, war ein wichtiges Projekt von Dalli und wird nun verschoben. Das Anti-Tabak-Netzwerk Smoke Free Partnership kritisierte den Aufschub und den Rücktritt Dallis als Erfolg der Tabaklobby. [uk]

- ▶ www.europa.eu/rapid (MEMO/12/788)
- ▶ Reaktion Smoke Free Partnership:
www.kurzlink.de/smo-free-dalli171012

EU-Binnenmarkt

Fahrplan zum Greening veröffentlicht

Die Europäische Kommission erarbeitet derzeit einen Fahrplan zur Öffnung des Binnenmarkts für grüne Produkte (Unlocking the Single Market for Green Products).

Der Fahrplan soll Angebot und Nachfrage für Produkte und Dienstleistungen mit einer besseren ökologischen Leistung

„Unsere Art zu leben, hält der Globus nicht aus. Wir brauchen eine Kulturwende.“

Ohne Bescheidenheit und Sparsamkeit vernichten wir unsere Lebensgrundlagen. Andere Formen des Wirtschaftens und des Konsums zu finden, das sind Herausforderungen, denen sich auch die Umweltbewegung stellen muss. Ein starker Naturschutz braucht vor allem engagierte Frauen, sagt der Präsident des Deutschen Naturschutzrings Hubert Weinzierl.

umwelt aktuell: Herr Weinzierl, Sie sind ein Urgestein der deutschen Umweltbewegung. Was waren für Sie im Rückblick die größten Erfolge, die ohne bürgerschaftliches Engagement nicht hätten erreicht werden können?

Hubert Weinzierl: Die Etablierung der Umweltpolitik als neuer Politikbereich war eine Erfolgsgeschichte der 1960er-Jahre, das Umweltbewusstsein wuchs schneller als andere soziale Bewegungen und bekam durch die Aufbruchsstimmung des Europäischen Naturschutzjahres 1970 einen besonderen Begeisterungsschub für den Naturschutz, der Schub von Wackersdorf 20 Jahre später galt der Abwehr des Atomstaates. Herausragendes Beispiel dafür war der Bund Naturschutz in Bayern, der für die überfällige Politisierung der Umweltbewegung in Deutschland zum Vorbild wurde.

Was sehen Sie persönlich als wichtigsten Erfolg für den Naturschutz?

Die größten Erfolge waren die Mitwirkung bei der Schaffung eines ersten Umweltministeriums in Bayern und die Errichtung eines Nationalparks im Bayerischen Wald, was natürlich von vielen begeisterten Mitstreitern unterstützt wurde. So große Veränderungen kann man nur anstoßen, aber die Zeit war reif, dass sich auch Mehrheiten in der Bevölkerung fanden. Das ging ja dann auch über Bayern hinaus und schon 1972 begann mit der ersten Umweltkonferenz der Vereinten Nationen in Stockholm die Globalisierung dieser Idee von Umweltpolitik und Nachhaltigkeit. Ich konnte den gesamten Konferenzreigen bis heute mitmachen.

Sie sind nicht nur Forstwirt und Politikaktivist, sondern auch ein kreativer und sensibler Autor. Was waren für Sie die bittersten Niederlagen?

Viele Landschaften, die ich aus meiner Kinderzeit wie Märchen im Herzen trug, wurden verändert oder zerstört. Ich denke an meine Heimat in den Donau-Auwäldern, an das Altmühltal, an die oberbayerischen Moore oder die unverbauten Alpen, die Seeufer, die bäuerlichen Landschaften – alles weg! Und mit diesen Lebensräumen sind meine geliebten Mitgeschöpfe, Tiere und Pflanzen, verschwunden. Ich

träume heute noch von ehemaligen Blütendüften oder Vogelstimmen. Besonders schmerzt mich, dass mit dem Verlust der biologischen Vielfalt auch so viel kulturelle Vielfalt vor die Hunde geht.

Bei so viel gelebter Erfahrung im Rückgrat: Welche Themen halten Sie im kommenden Jahrzehnt für bedeutsam für die Umweltbewegung?

Wir haben uns ja vom Naturschutz herkommend zu einem neuen Weltbild der Nachhaltigkeit hin entwickelt. Dieser leider so viel missbrauchte Begriff muss jetzt durch eine ehrliche, „verbürgte“ Nachhaltigkeit abgelöst und zu einem zukunftsfähigen europäischen Kulturentwurf erweitert werden. Zentrale Aufgabe ist dabei die Auseinandersetzung mit dem überholten Wachstumsbegriff und die Neugestaltung von zukunftsfähigen Lebensstilen, also einem anderen Konsumverhalten. Die Energiewende wird dafür der Prüfstein, nicht nur als technische Herausforderung, sondern als eine geistige, ethische Wende, als Paradigmenwechsel. Das bedeutet mehr Bildung für nachhaltige Entwicklung, mehr Vernetzung von Naturwissenschaft mit Geisteswissenschaft und eine Kultur der Sparsamkeit und der Bescheidenheit. Unsere Art zu leben, das gilt auch für uns Naturschützer, hält der Globus nicht aus. Die Kulturwende ist angesagt.

Welche Impulse sollten aus Ihrer Sicht vom DNR als Dachverband ausgehen?

Der Deutsche Naturschutzring als Dachverband ist eine großartige Idee, die sofort nach dem Zweiten Weltkrieg als Gegenbewegung zum „Wirtschaftswunder“ gedacht war, aber wegen vielschichtiger Vereins egoismen nie so zur vollen Stärke großgewachsen ist. Es müsste gelingen, diese Kraft der über fünf Millionen organisierten Mitbürgerinnen und Mitbürger schlagkräftiger in der Politik zu verankern. Leider ist die Naturschutzbewegung immer noch zu stark männlich orientiert. Es ist Zeit zu begreifen, dass der Naturschutz weiblich wird. Frauen, bitte mischt euch ein in die Sache des Lebens! Ist es nicht eine Schande, dass 63 Jahre nach Gründung eines Deutschen Naturschutzringes dessen vierter Präsident – nach Hans Krieg, Bernhard Grzimek, Wolfgang Engelhardt – immer noch ein Mann ist?

Sie sind im Kuratorium der Deutschen Bundesstiftung Umwelt und somit auch für deren Mittelvergabe zuständig. Wie wird es mit der Finanzierung des Nationalen Naturerbes weitergehen?

Das Nationale Naturerbe verdanken wir einer Sternstunde der Umweltpolitik und ist die schönste Konversion von ehemaligen Militärgeländen zum friedlichen Naturschutz: 50 Liegenschaften mit 60.000 Hektar Fläche haben wir als Fernziel einer Nutzung „Nichtstun“ festgeschrieben. Diese Kostbarkeiten werden von der Naturerbe GmbH eigenständig verwaltet und müssen sich auf Dauer selbst finanzieren. Über die Hälfte werden schon jetzt nicht mehr angerührt, der Rest liefert während einer Umbauzeit Erträge aus dem Holzverkauf. Danach sinken auch die Aufwendungen für Personalkosten.

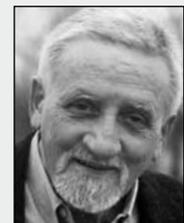
Als Mitglied im Rat für Nachhaltigkeit fordern Sie einen Wandel des Lebensstils. Was heißt das?

Wir müssen uns darüber klar werden, dass unser Lebensstil zurzeit maximal zehn Prozent der derzeitigen Menschheit verträglich ist. Es bedarf also eines grundsätzlichen Wandels unseres Konsumverhaltens: also weniger Energieverbrauch, weniger Nahrungverschwendung, eine sanftere Landnutzung, bei der auch das Leben der Mitgeschöpfe geachtet wird. Bei allen unseren Entscheidungen müssen künftig die Tragfähigkeit der gesamten Erde und die Überlebenschancen von Mensch und Schöpfung berücksichtigt werden. Eine Schlüsselposition wird dabei die Ernährung einnehmen. Es sollten künftig bei jeder Konsumententscheidung die gesamte Erdfamilie und die Schöpfung mit am Tisch sitzen.

[Interview: Juliane Grüning]

Hubert Weinzierl ist Präsident des Deutschen Naturschutzrings. Der studierte Forstwirt und Nachhaltigkeitsexperte ist seit fünf Jahrzehnten im Naturschutz tätig.

Kontakt: Tel. +49 (0)9966 / 1270, E-Mail: umweltzentrum@schloss-wiesenfelden.de, www.dnr.de



ankurbeln. Der Fahrplan wird Unternehmen mit einem hohem Ressourcenverbrauch und negativen Umweltauswirkungen sowie Produzenten von Produkten, Einzelhändler und Konsumenten betreffen. Um ein „Greening“ des Binnenmarkts zu erreichen, sollen Unternehmen dazu angeregt werden, ihre ökologische Leistung zu messen, zu melden und zu verwalten. Auch sollen Anreize für Konsumenten geschaffen werden, grüne Produkte zu kaufen. Dafür müsse der Binnenmarkt vereinheitlicht werden. Beispielsweise könnte das bisherige Informations- und Kontrollversagen durch neue EU-Gesetze für eine nachhaltige Produkt- und Produktionspolitik reduziert werden. Außerdem müsse der ökologische Fußabdruck von Produkten und Organisationen in relevante Politikinstrumente einbezogen werden.

Hintergrund für die verschiedenen Legislativvorschläge ist das zwanzigjährige Bestehen des europäischen Binnenmarkts sowie die Binnenmarktakte II, die im Oktober von der Kommission angenommen wurde. Sie schlägt darin zwölf Leitaktionen zur Förderung von Wachstum, Beschäftigung und Vertrauensbildung vor. Im Lauf des nächsten Jahres sollen unterschiedliche Rechtsmaßnahmen veröffentlicht und bis Frühjahr 2014 von EU-Parlament und -Ministerrat verabschiedet werden. [uk]

- ▶ www.kurzlink.de/com-green-singl-mark
- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference: IP/12/1054)

Europa 2020

Zwischenstand zu den Leitindikatoren

■ Bis 2020 will die Europäische Union intelligenter, nachhaltiger und integrierter wirtschaften. Diese – 2010 vom Europäischen Rat angenommene – Europa-2020-Strategie enthält auch Umweltziele. Die vom Europäischen Amt für Statistik (Eurostat) veröffentlichten Fortschritte in diesem Bereich lassen aber Fragen offen.

Bis 2020 soll der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch

20 Prozent betragen, die Treibhausgasemissionen sollen im Vergleich zu 1990 um 20 Prozent reduziert sein und der Primärenergieverbrauch 1.474 Millionen Tonnen Rohöleinheiten nicht überschreiten. 2010 betrug der Anteil von Erneuerbaren 12,5 Prozent – hier ist ein stetiger Anstieg seit 2005 zu verzeichnen. Doch bei den Treibhausgasen sieht es anders aus: Obwohl 2009 schon ein Prozentsatz von 83 erreicht war (Ziel: 80), stieg der Ausstoß im Jahr 2010 wieder auf 85. Und auch der Verbrauch an Millionen Tonnen Rohöleinheiten hat sich 2010 – nach einer Reduzierung im Vorjahr – wieder erhöht: auf 1.647 Millionen Tonnen Rohöleinheiten (Ziel: 1.474).

Auch bei den sozialen Zielen gibt es nicht nur Erfolgsmeldungen. So liegt die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen bei 115,7 Millionen. Da war die EU 2009 auch schon etwas weiter (113,8 Millionen). [jg]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference: STAT/12/139)

Mehrjähriger Finanzrahmen

Budget für den Klimaschutz umstritten

■ Bei Verhandlungen im Rat für allgemeine Angelegenheiten über den Mehrjährigen Finanzrahmen haben die EU-MinisterInnen Mitte Oktober erneut den Vorschlag der Kommission ignoriert, 20 Prozent des EU-Budgets künftig für die Förderung klimarelevanter Maßnahmen auszugeben. In dem Dokument der Ratspräsidentschaft, der sogenannten Verhandlungsbox, fehlt noch immer jegliches Bekenntnis zu dem Thema. Der Haushaltsausschuss im EU-Parlament hat hingegen für den Kommissionsvorschlag gestimmt, nachdem der Umweltausschuss sogar 30 Prozent Klima im Budget gefordert hatte.

Auch über den Umfang des Budgets sind der Ministerrat und die EU-Abgeordneten sehr unterschiedlicher Ansicht. Die ParlamentarierInnen wollen ein Schrumpfen des EU-Haushalts verhindern. Dies streben jedoch mehrere Mitgliedstaaten an – dar-

unter auch Deutschland. Die Abgeordneten fordern mehr Ausgaben für die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen, Forschung und nachhaltige Infrastruktur. Ausgaben für die Kohäsions- und Strukturpolitik sowie die Gemeinsame Agrarpolitik sollten nicht gekürzt, aber „effektiver und effizienter“ eingesetzt werden.

Eine Einigung über den Mehrjährigen Finanzrahmen wird beim EU-Gipfel am 22. und 23. November erwartet. Umweltverbände haben unterdessen Beispiele für den Einsatz von EU-Fördermitteln aus dem Kohäsionsfonds mit positiven Auswirkungen auf Umwelt und Klima in einer interaktiven Karte zusammengestellt. Unter den Positivbeispielen ist auch das deutsche Dorf Feldheim im Landkreis Potsdam-Mittelmark, das seinen Energiebedarf komplett lokal und erneuerbar deckt. [am]

- ▶ Verhandlungsbox: www.kurzlink.de/mff-14-20-neg-box
- ▶ EU-Parlament: www.kurzlink.de/ep-mff-dim-1012
- ▶ Interaktive Karte von CEE Bankwatch und WWF: www.wellspent.eu

Normung

Neue Verordnung mit mehr Einfluss für Verbände?

■ Im September hat das Europäische Parlament in erster Lesung eine neue Verordnung zur Normung verabschiedet. Die Verordnung tritt zum 1. Januar 2013 in Kraft. Veränderungen werden sich vor allem durch die Ausdehnung der Normungsmöglichkeiten ergeben. So will die EU-Kommission in Zukunft nicht nur Normungen für Produkte, sondern auch für Dienstleistungen beauftragen. Neben einer Vereinfachung und Beschleunigung des Normungsprozesses werden nun auch Interessengruppen aus den Bereichen Umwelt und Soziales stärker in den Normungsprozess eingebunden. Die drei zentralen Interessenvertretungen der Nichtregierungsorganisationen innerhalb des Normungssystems lobten den Beschluss.

Die European Environmental Citizens Organisation for Standardisation (ECOS) geht davon aus, dass dadurch ihre Möglichkeit der Einflussnahme auf die Normungsgremien gestärkt wird. [fc]

- ▶ ECOS, Laura Degallaix, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 89446-55, E-Mail: laura.degallaix@ecostandard.org, www.kurzlink.de/ecos-IMCO-1012

Beratergruppen

Gleichberechtigte Besetzung?

■ Die Forschungs- und Kampagnengruppe Corporate Europe Observatory (CEO) fordert von der Europäischen Kommission, den Einfluss von Wirtschaftslobbyisten auf die Beratergruppen stärker einzuschränken. Problematisch sei, dass die Lobbyisten schon sehr früh im Gesetzgebungsprozess Einfluss nähmen. Laut einer von der Alliance for Lobbying Transparency and Ethics Regulation (ALTER-EU) im Juli veröffentlichten Untersuchung sind zwei Drittel der Nichtregierungsorganisationen, die die Generaldirektion Unternehmen und Industrie beraten, von Wirtschaftsvertretern dominiert. In nur sechs der 83 Gruppen sei der Anteil von Wirtschaftslobbyisten und öffentlichen Interessenvertretungen ausgeglichen.

Um der einseitigen Besetzung entgegenzuwirken, hatte der Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments die Finanzierung der Beratergruppen im November 2011 blockiert. Diese Beschränkung möchte die Kommission nun wieder aufheben, da sie zusammen mit dem Parlament Maßnahmen plant, die Probleme anzugehen. CEO fordert mehr Transparenz. Dazu gehören für die Organisation die Veröffentlichung der Namen aller Mitglieder der Beratergruppen inklusive einer Erklärung ihrer wirtschaftlichen Interessen, Details über die Treffen sowie eine Zusicherung, dass die Gruppen tatsächlich ausgeglichen besetzt sind. [uk]

- ▶ www.corporateeurope.org
- ▶ www.alter-eu.org
- ▶ www.kurzlink.de/rep-altereu-0912

Frankreich

Hollandes hehre Umweltziele

■ Der französische Präsident François Hollande hat im September in Paris auf einer Konferenz eine Umwelt- und Energiewende eingeläutet. Diese solle sich vor allem auf Energieeffizienz und eine Diversifizierung der Energiequellen stützen.

Bis 2015 soll der Anteil der Kernenergie von derzeit 75 Prozent (weltweiter Spitzenwert) auf 50 Prozent gesenkt werden, außerdem will er das älteste französische, stör anfällige AKW Fessenheim nahe der deutschen Grenze bis 2016 abschalten. Zudem will er erneuerbare Energien fördern, bei denen Frankreich einiges nachzuholen habe. Die EU-Emissionsreduktionsziele von 20 Prozent bis 2020 sollen erhöht werden: auf 40 Prozent bis 2030 und auf 60 Prozent bis 2040. Auch der Schutz der Biodiversität steht auf der Agenda: Hollande plant die Einrichtung einer nationalen Agentur sowie

eine neue Agrarpolitik mit weniger Pestizideinsatz und nachhaltiger Bodennutzung. Anfang 2013 will er dem Parlament dazu Gesetze vorschlagen. [uk]

- ▶ www.kurzlink.de/holl-parole-env-0912
- ▶ www.kurzlink.de/react-ong-holl-0912

Umweltforschung

Schwerpunkte für 2013

■ Das Bundesumweltministerium hat seinen Umweltforschungsplan (Ufoplan) für 2013 veröffentlicht. Darin konkretisiert es die Schwerpunkte des Forschungsrahmenplans. Zu den Ufoplan-Schwerpunkten arbeitet dann die Ressortforschung des Umweltministeriums. Zentrale Fragen, denen die ForscherInnen 2013 nachgehen sollen, werden in dem Plan für alle umweltpolitischen Sektoren aufgelistet.

Das Magazin für nachhaltiges Wirtschaften.



Im Zeitschriftenhandel oder online erhältlich.
www.enorm-magazin.de



So soll beispielsweise die Rolle von Umwelt als Wirtschaftsfaktor hinterfragt und Umwelt- und Klimapolitikinstrumente verbessert werden. Im Bereich Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft geht es vor allem um die Fortentwicklung von Recyclingvorgängen. Darüber hinaus soll erforscht werden, wie man umweltschonendes Handeln bei KonsumentInnen fördern kann. [am]

► www.bmu.de/forschung/ufoplan/doc/40881.php

VERKEHR & TOURISMUS

Infrastruktur

City-Maut macht Städte grüner

■ Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat im Oktober eine Studie veröffentlicht, wie Städte nachhaltiger werden können. Um eine dauerhaft ökologische urbane Infrastruktur zu gewährleisten, müssten demnach zuerst die Finanzierungsinstrumente umweltfreundlicher werden. Dafür reichten allein öffentliche Mittel jedoch nicht aus. Auch privates Kapital müsse für Investitionen mobilisiert werden.

In der OECD-Studie werden auch bereits bestehende Instrumente und ihre Erfolge bewertet. Parkgebühren in Innenstädten und spezielle Fahrspuren für abgasarme Fahrzeuge seien sinnvoll, heißt es darin. Besonders positive Effekte hätten Straßenmautsysteme. Diese würden den Verkehr und die dadurch entstehenden Verkehrsemissionen am effektivsten reduzieren. Am besten wäre es, verschiedene Fahrzeugtypen mit unterschiedlichen Abgaben zu belegen, schlagen die Autoren vor. [ej]

- OECD-Studie: www.kurzlink.de/ocdpaper1012
- Nachhaltigkeitsrat: www.kurzlink.de/nachhtratmaut

Abgasnormen

Strengere Regeln für Motorräder und Traktoren

■ EU-Ministerrat und -Parlament haben sich Ende September informell auf strengere Regeln für den Schadstoffausstoß und mehr Sicherheit von Motorrädern und Traktoren geeinigt. Da Motorräder und Mopeds einen besonders hohen Emissionsausstoß aufweisen, soll für Mopeds ab 2016 die Euro-3-Norm und für Motorräder die Euro-4-Norm gelten. Ab 2020 soll für Motorräder dann die Euro-5-Norm gelten. Die Abgasnormen legen Grenzwerte für den maximalen Emissionsausstoß der Fahrzeuge fest. Obwohl nur zwei Prozent des Verkehrs in der EU auf Motorräder und Mopeds entfallen, sind diese Fahrzeuge in 16 Prozent aller Unfälle mit Todesfolgen involviert. Nach den neuen Regeln sollen zukünftig alle Motorräder mit Antiblockierbremsystemen ausgestattet sein, während Mopeds zumindest mit CBS-Bremsystemen ausgestattet sein sollen.

Die neue Regelung muss noch formal von Rat und Parlament angenommen werden. Im November will das EU-Parlament darüber abstimmen. In einem zweiten Vorschlag geht es um die Bauartzulassung von Landwirtschafts- und Forstwirtschaftsfahrzeugen. Demnach sollen bisherige Emissionsausstoßgrenzen beibehalten und ebenfalls neue Regelungen für deren Bremsysteme eingeführt werden. [ej]

- EU-Ratspräsidentschaft zu Abgasnormen: www.kurzlink.de/ratspr28/09
- EU-Parlament: www.kurzlink.de/ep28/09
- EU-Abgasnormen: www.kurzlink.de/euabgasnorm

Mobilität

Darf das Fahrrad bald in alle Züge?

■ Der Verkehrsausschuss des EU-Parlaments hat sich im September für die Stärkung der Passagierrechte in öffentlichen Verkehrsmitteln ausgesprochen. Zukünftig

soll die Mitnahme von Fahrrädern in allen Verkehrsträgern erleichtert werden. Insbesondere in Fernverkehrs- und Hochgeschwindigkeitszügen und auf grenzüberschreitenden Reisen sollen Fahrräder mitgeführt werden können. Zudem fordert der Verkehrsausschuss „barrierefreie Intermodalität“: Auch Kinderwagen und Rollstühle sollen in Zukunft besser reisen können.

„Nur wenn die verschiedenen Verkehrsträger leicht miteinander kombinierbar sind, werden die Menschen vom klimaschädlichen Autoverkehr auf nachhaltige Verkehrsmittel umsteigen,“ sagte Michael Cramer, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen im Europäischen Parlament. Bahn und Fahrrad müssten sich dabei bestmöglich ergänzen. [ej]

- www.kurzlink.de/ep2012/2067ini
- Michael Cramer zu Rädern im Zug: www.kurzlink.de/cramerpassrecht

WASSER & MEERE

EU-Fischerei I

Tiefseefangquoten erhöht

■ Die EU-Kommission hat im Oktober einen Vorschlag zu den Fangmöglichkeiten in der EU-Tiefsee und in der internationalen Tiefsee des Nordostatlantiks für 2013 und 2014 unterbreitet. Sie schlägt für zwei Fischarten in drei Fanggebieten eine Anhebung der Fangquote vor, und zwar für Grenadierfische, westlich der Britischen Inseln, und für Schwarze Degenfische, westlich von Schottland und vor der Küste Irlands. Bei den Grenadierfischen soll die Fangquote um 77 Prozent erhöht werden, bei den Degenfischen um 20 Prozent in dem Fanggebiet vor Schottland und um fünf Prozent vor der Küste Irlands. Für 13 Fischarten sollen die Gesamtfangmengen verringert werden, und für acht Bestände sollen die Fangquoten beibehalten werden. [UWD]

- www.kurzlink.de/uwd-tief-tac-081012

EU-Fischerei II**Handelssanktionen gegen externe Quotensünder**

■ Die EU-Fischereiminister haben Ende September einem Verordnungsvorschlag zugestimmt, nach der die EU-Kommission künftig Handelssanktionen gegen Drittstaaten verhängen kann, wenn diese sich nicht an die vereinbarten Quoten zur Befischung gemeinsam genutzter Bestände halten. Zuvor hatte bereits das EU-Parlament dem Vorschlag zugestimmt.

Auslöser für die Gesetzesinitiative waren die unilateralen Quotenerhöhungen für Makrelen im Nordostatlantik, mit denen Island und die Faröer-Inseln in den letzten Jahren immer wieder für Unmut in der EU gesorgt hatten (umwelt aktuell 11/2010, S. 28). Die Kommission droht Island nun mit Sanktionen, wenn es seinen Makrelenfang nicht reduziert. Derzeit gibt es viele Makrelenschwärme in isländischen Gewässern. [am]

► www.kurzlink.de/pr-fish-sanct-250912

Ölförderung**EU-Parlamentarier für Bohrungen in der Arktis**

■ Der Ausschuss für Industrie und Energie (ITRE) im EU-Parlament hat im Oktober einen Bericht zum Kommissionsvorschlag über Sicherheitsstandards für Ölplattformen verabschiedet. Darin sprachen sich die ParlamentarierInnen gegen ein Moratorium für Ölbohrungen in der Arktis aus – entgegen dem Votum des Umweltausschusses. Konzerne sollten stattdessen dazu verpflichtet werden, ausreichende finanzielle Rücklagen zu bilden, um für mögliche Umweltschäden aufzukommen. Die Abgeordneten forderten zudem, dass der Rechtsakt als Richtlinie komme, nicht als Verordnung, wie von der Kommission vorgesehen.

Europäische Umweltorganisationen und Grünen-Abgeordnete kritisierten das

Votum als unzureichend, um die Risiken der Offshorebohrungen anzugehen. Joris del Blaken von Greenpeace sagte dem EU-Infodienst Euractiv, er vermute starke Lobbyaktivitäten der Ölkonzerne hinter dem Abstimmungsergebnis des ITRE. [am]

► www.kurzlink.de/itre-euract-oil1012

EU-Meere**Blau ist das neue Grün**

■ Neben „grünem“ Wachstum ist nun auch die „blaue“ Wirtschaft in Brüssel hoch im Kurs. Mitte September hat die EU-Kommission die Mitteilung „Chancen für ein nachhaltiges marines und maritimes Wachstum“ veröffentlicht. Diese sogenannte blaue Wirtschaft böte große wirtschaftliche Chancen angesichts des Drucks auf die Fläche, heißt es in dem Papier. Die Verwirklichung von Umweltzielen könne dabei auch eine Quelle für Innovation und Wachstum darstellen.

Das größte Potenzial für EU-Aktivitäten sieht die Kommission bei Blauer Energie, etwa Offshorewindkraft sowie Gezeiten- und Wellenkraftwerken, Aquakulturen, Tourismus, Bodenschätzen und der Erforschung „blauer“ Biotechnologie. In diesen Feldern will sie prüfen, ob EU-Maßnahmen sinnvoll wären. So sollen 2013 Mitteilungen zu erneuerbaren Energien aus dem Meer sowie zum wirtschaftlichen Potenzial von Meeres- und Küstentourismus erscheinen. Außerdem will die Kommission Anfang 2013 Leitlinien zum Austausch von Best-Practice-Beispielen für Aquakulturen verabschieden. 2014 sollen Mitteilungen zu Erschließung des Meeresbodens zum Abbau von Mineralien sowie zur blauen Biotechnologie erscheinen.

Umweltverbände wiesen im Oktober in einem gemeinsamen Positionspapier zur Kommissionsmitteilung auf die Grenzen des Blauen Wachstums hin. Ökonomische Vorhaben müssten die Gesundheit von marinen Ökosystemen schützen und das Vorsorgeprinzip beachten. Außerdem sehen die Verbände die Gefahr, dass Effizienzgewinne bei der Verlagerung der Wirtschaft

auf das Meer durch Wachstum aufgefrischt werden. Übergeordneter Rahmen für die EU-Meerespolitik solle die Meeresstrategierahmenrichtlinie darstellen. Im Dezember sollen beim Europäischen Rat Schlussfolgerungen zur Meerespolitik verabschiedet werden. [am]

► www.kurzlink.de/kom-blaue-wirtsch912

► Positionspapier der Verbände (engl.): www.seas-at-risk.org/news_n2.php?page=539

EU-Wasserpolitik**Maßnahmen unerwünscht**

■ Die EU-Umweltminister wollen, dass sich die EU-Kommission in ihrer Blaupause Wasser auf Maßnahmen zur besseren Umsetzung der bestehenden Wasserpolitik beschränkt. Neue Vorgaben seien hingegen unerwünscht. Das berichtete der EU-Informationendienst Euractiv Ende September unter Berufung auf Informationen einer Vertreterin der zyprischen Ratspräsidentschaft. Demnach seien sich die UmweltministerInnen einig, dass neue Wassergesetze nicht notwendig seien.

Die Blaupause Wasser soll Mitte November erscheinen. Sie soll die EU-Wasserpolitik auf Lücken prüfen sowie ihre Durchsetzung verbessern. [am]

► www.kurzlink.de/euractiv-blaup-0912

Umsetzung**Bald mehr Meeresschutz**

■ Bereits im Juli hat Deutschland die ersten Berichte zur Umsetzung der EU-Meeresstrategierahmenrichtlinie (MSRL) der EU-Kommission übergeben. Die Berichte enthalten eine genaue Anfangsbewertung des Zustandes der Ost- und Nordsee, eine Definition des guten Umweltzustands und die Festlegung von Umweltzielen für beide Meere. Außerdem stehen darin die Ergebnisse einer Konsultation zur MSRL, die von der EU-Kommission vorgeschrieben ist. Mit der Abgabe der Dokumente

hält Deutschland den vorgeschriebenen Zeitplan ein. Bis 2014 müssen jetzt Überwachungsprogramme erstellt und durchgeführt werden. In den zwei darauffolgenden Jahren sollen konkrete Maßnahmen festgelegt und umgesetzt werden, um bis 2020 einen guten Umweltzustand der Meere zu erreichen. [hk]

► www.meeresschutz.info

Nordsee

Protest gegen Ölförderpläne

■ Umweltverbände haben Ende September die Pläne der dänischen Regierung scharf kritisiert, in der Nordsee mithilfe von CO₂-Verpressung Öl zu fördern. Die Pläne verstießen gegen europäisches und deutsches Naturschutzrecht, da sie Auswirkungen auf die Doggerbank hätten. Deren deutscher Teil ist als Natura-2000-Gebiet ausgewiesen, der dänische aber nicht. Das Verbändebündnis befürchtet eine mögliche Versauerung des Meeres durch austretendes CO₂, erhöhten Schiffsverkehr sowie negative Effekte auf Meeressäuger und Vögel durch den Lärm beim Bau der Plattformen. [am]

► Gemeinsame Stellungnahme der Verbände:
www.kurzlink.de/verb-oel-nordsee0912

Flussvertiefung Jade-Weser

Ökologisch teurer Hafen eröffnet

■ Nach viereinhalb Jahren Bauzeit ist Ende September der Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven eröffnet worden. Der einzige Tiefseehafen Deutschlands soll anders als die Häfen in Hamburg und Bremen auch die größten Schiffe der Welt abfertigen.

Ursprünglich war das knapp eine Milliarde teure Projekt als Ergänzung zu den beiden großen deutschen Nordseehäfen geplant. Hamburg und Bremen sehen im Jade-Weser-Port nun aber einen Konkurrenten für die eigenen Standorte. Infolgedessen ist eine umstrittene Elbvertiefung in Hamburg geplant, um das Anlegen von Schiffen mit bis zu 16 Metern Tiefgang zu ermöglichen (siehe nebenstehende Meldung).

Weltweit erreichen momentan lediglich acht Schiffe der Emma-Mærsk-Klasse einen Tiefgang von 16 Metern. Zahlreiche Umweltverbände protestieren gegen die ökologisch fragwürdigen Vertiefungen von Weser und Elbe. Der WWF etwa fordert in einer Stellungnahme Bund und Länder auf, die „hafenpolitische Kleinstaaterei“ zu beenden und ein gesamtdeutsches Seehafenkonzept zu entwickeln. Der Konkurrenzkampf habe keinen ökonomischen

Sinn und bedrohe die einzigartige Natur der Nordseeküste. [fc]

► www.kurzlink.de/wwfzujadeport

Flussvertiefung Elbe

Bundesverwaltungsgericht verhängt Baustopp

■ Die Elbvertiefung zwischen Hamburg und Cuxhaven ist vorläufig gestoppt. Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in Leipzig hat Mitte Oktober einem Eilantrag der Umweltverbände BUND und NABU stattgegeben. Ausgenommen vom Baustopp sind Ufersicherungsvorkehrungen sowie Maßnahmen zur Baufeldräumung. Das Gericht betonte, dass der Baustopp noch keine Entscheidung über die Zulässigkeit der Elbvertiefung selbst sei. Die Verbände lobten die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts. Nun könnten die gesetzlichen Vorgaben nicht länger missachtet werden, für Naturräume und Gewässer einen guten Erhaltungszustand zu sichern. [ib]

► www.kurzlink.de/PressBVerwG101-okt12
 ► www.kurzlink.de/PressNGOElbe17.10.12
 ► www.bund.net
 ► www.nabu.de

ÖKOLOGIE & LANDBAU

Zeitschrift für ökologische Landwirtschaft

Schwerpunkt in Heft 164

Gesellschaftliche Leistungen des Ökolandbaus

■ Biodiversität: Anpassungsfähig dank Vielfalt ■ Wasserschutz: Ein starkes Argument für den Biolandbau ■ Tierwohl: Biolandwirte leisten Pionierarbeit

Themen in Heft 164

aus Forschung, Praxis und Beratung

■ Pflanzen-Palaver: Sie unterhalten sich doch! ■ Big is beautiful? Großbetriebe in der Geflügelhaltung ■ Biomineralwasser: Wer braucht denn sowas?

Herausgeber:
Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL)

Bestellen Sie jetzt Ihr Probeabo*
(zwei Ausgaben für nur 13,30 Euro) bei:
abo@oekom.de oder +49 / (0)89 / 54 41 84-25



* Sie erhalten ein vergünstigtes Probeabo, beginnend mit der aktuellen Ausgabe. Wenn Ihnen Ökologie & Landbau gefällt und Sie nicht bis spätestens zehn Tage nach Erhalt des zweiten Heftes kündigen, erhalten Sie Ökologie & Landbau automatisch im regulären Abonnement.

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

Grüne Wirtschaft**Schattenseiten des Ökoexports**

■ In einer Studie vom Forum Umwelt und Entwicklung und PowerShift wird aufgezeigt, dass die sogenannte Grüne Wirtschaft Gefahren birgt, wenn sie Teil der wachstums- und weltmarktorientierten Politik eines Landes ist. Wenn wirtschaftliche Interessen und Exportsteigerung im Fokus stehen, wird laut Studie der Handel mit Umweltgütern und -dienstleistungen im Hinblick auf seine Umweltfreundlichkeit und die globale Gerechtigkeit zweifelhaft. Der Begriff der „Green Economy“ oder „Grüne Wirtschaft“, der im Vorfeld des Rio+20-Gipfels geprägt wurde, umschreibt eine auf innovativen und umweltfreundlichen Technologien basierte Wirtschaft als Grundlage für die Verringerung von Treibhausgasemissionen. [uk]

► Studie: www.kurzlink.de/studie_oekoexport

Grüne Wirtschaft**Beihilfen für Britische Green Investment Bank bewilligt**

■ Die EU-Kommission hat Mitte Oktober die Bereitstellung öffentlicher Gelder durch Großbritannien für die Gründung einer Green Investment Bank (GIB) genehmigt. Es geht um eine Summe von umgerechnet etwa 3,7 Milliarden Euro. Durch entsprechende Schutzklauseln sind aus Sicht der EU-Kommission Wettbewerbsverzerrungen ausgeschlossen. Die GIB soll durch Investitionen in umweltfreundliche Projekte, wie zum Beispiel in Energieeffizienz oder erneuerbare Energien, die eine grüne Wirtschaft voranbringen und dazu beitragen die Treibhausgasemissionen zu senken. [ib]

► www.kurzlink.de/eupressgreenbank1012

Ressourcenverbrauch**Alarmierender Trend**

■ Einer Studie des Sustainable Europe Research Institutes (SERI) zufolge ist der globale Ressourcenverbrauch seit 1980 um 80 Prozent gewachsen. In den reichen Ländern stagniere der Ressourcenverbrauch seit 30 Jahren auf hohem Niveau. Gleichzeitig erhöhe sich der Verbrauch in den sich schnell entwickelnden Schwellenländern, wie China oder Brasilien, weiter.

Diese Entwicklung des Ressourcenverbrauchs bewerten die ForscherInnen als alarmierend. Auf Basis der Erkenntnisse entwickelten sie mehrere Szenarien für den zukünftigen Ressourcenverbrauch. Blicke dieser Trend auf dem Niveau der letzten drei Jahrzehnte, würde der globale Ressourcenverbrauch 2050 demnach fast dem Dreifachen von heute entsprechen. Die Autoren warnen davor, dass die Umweltbelastungen dann massiv zunehmen. Zudem werfe der zunehmende Ressourcenverbrauch Fragen sozialer Gerechtigkeit auf.

Als Gegenentwurf zum bisherigen Entwicklungsmodell weisen die ForscherInnen auf das Modell einer Grünen Wirtschaft hin. Ein verbessertes Ressourcenmanagement umfasse eine nachhaltige Energieversorgung ebenso wie die Transformation der verarbeitenden Industrie hin zur Kreislaufwirtschaft. Zudem seien umweltverträgliche Wohnkonzepte sowie ein Wandel des Verkehrssektors zentral. [ib]

► Studie von SERI (PDF, 11,4 MB): www.kurzlink.de/StudieSERIOct12resou

EU-Ressourceneffizienz**Offenlegung von Unternehmensinformationen**

■ Ende des Jahres wird ein Gesetzesentwurf der EU-Kommission über die nicht finanzielle Berichterstattung für Unternehmen erwartet. Der Umweltverband Friends of the Earth Europe plädiert in einem Positionspapier dafür, die Unternehmen

in dem Gesetz zu verpflichten, ihren Ressourcenverbrauch offenzulegen. Zentrale Indikatoren seien der CO₂-Verbrauch, der Materialverbrauch sowie der Wasser- und Land-Fußabdruck. Die Umweltorganisation hält die Berichterstattung in diesem Bereich für einen wichtigen Schritt hin zu einer ressourceneffizienteren EU. [ib]

► Positionspapier von Friends of the Earth Europe: www.kurzlink.de/foee-res-report-1012
 ► FoE, Richard Dyer, Leeds (UK), Tel. +44 (0)113 / 3899960, E-Mail: richard.dyer@foe.co.uk

Nachhaltigkeit Deutschland**Staatssekretäre treten für Ressourceneffizienz ein**

■ Der Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung hat sich im Oktober für eine schnelle Umsetzung des Deutschen Ressourceneffizienzprogramms (ProgRes) ausgesprochen. Demnach solle sich die Rohstoffproduktivität in der Bundesrepublik bis 2020 verglichen mit dem Niveau von 1994 verdoppeln. Dieses Ziel wurde bereits in der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 2002 formuliert. Die Staatssekretäre unterstützen auch den effizienteren Einsatz von Ressourcen und Rohstoffen.

Der Ausschuss sieht in betrieblichen Ressourceneffizienzberatungen einen effektiven Ansatz, der nach Möglichkeit flächendeckend angeboten werden müsse. Zudem setzt er sich dafür ein, Ressourceneffizienzkriterien bei öffentlichen Ausschreibungen voranzutreiben. Der Ausschuss befürwortet weiterhin Aktivitäten im nachhaltigen Bauen. Zudem werde der Ausbau einer Kreislaufwirtschaft sowie die Weiterentwicklung von Ressourceneffizienzindikatoren unterstützt. In dem Ausschuss, der die wesentliche Steuerungsinstanz in der Durchführung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ist, sind alle Ressorts durch Staatssekretäre repräsentiert. [ib]

► Ausschussbeschluss: www.kurzlink.de/Press336okt12beschl

DNR INTERN

Ökologische Gerechtigkeit

Gemeinsam für mehr Nachhaltigkeit

Der Umweltpolitik wird oft vorgeworfen, sozial Schwache zu benachteiligen und Kosten in die Höhe zu treiben. In Politik und Zivilgesellschaft wird dabei übersehen: Der Schutz von Natur und Umwelt ist ein wichtiger Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit. Das gilt insbesondere dann, wenn Umweltbelastungen ungleichmäßig verteilt sind oder wenn der Zugang zu Umweltgütern einigen Gruppen erschwert ist. Umgekehrt tragen Projekte, welche soziale Gegebenheiten verbessern wollen, häufig auch zum Schutz der Umwelt bei. Diese Synergien gilt es aufzudecken und für die Zukunft strategische Allianzen für mehr Generationengerechtigkeit in der Praxis zu bilden.

Der DNR möchte sich auf dieser erfolgversprechenden Basis gemeinsam mit den Umwelt-, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden für mehr soziale und ökologische Nachhaltigkeit einsetzen. Im Oktober startete hierzu das DNR-Projekt „Generationengerechtigkeit als ökologisch-soziale

Herausforderung“, um Gemeinsamkeiten von Umwelt- und Sozialpolitik besser zu kommunizieren und gemeinsame Ziele zu formulieren. Das Projekt will einen konkreten Beitrag zum sozialen Ausgleich innerhalb der Gesellschaft leisten und zivilgesellschaftliche Organisationen motivieren, sich miteinander für nachhaltige Entwicklung starkzumachen.

Ihre Ansprechpartner in der DNR-Geschäftsstelle Theresa Klostermeyer und Daniel Hiß stehen Ihnen bei Fragen und Anregungen zur Verfügung und freuen sich auf eine intensive Zusammenarbeit. [dh]

- ▶ Projektkoordinatorin Theresa Klostermeyer, Tel. +49 (0)30 / 6781775-87, Fax -80, E-Mail: theresa.klostermeyer@dnr.de, www.dnr.de
- ▶ Projektmitarbeiter Daniel Hiß, Tel. +49 (0)30 / 6781775-87, Fax -80, E-Mail: daniel.hiss@dnr.de, www.dnr.de

DNR-Mitgliederversammlung

Wahlen, Leitbild, Ehrenpräsident

Am 1. Dezember findet die Mitgliederversammlung des DNR statt. Auf der Tagesordnung steht die Wahl eines neuen Präsidiums. Der langjährige Präsident Hu-

bert Weinzierl (siehe Interview, S. 21) soll verabschiedet und zum Ehrenpräsidenten ernannt werden. Auch Ehrenvizepräsident Albert Lippert soll feierlich verabschiedet werden. Weitere Themen beim Treffen des höchsten Verbandsgremiums sind unter anderem das Leitbild des DNR und die Arbeitsschwerpunkte für das kommende Jahr ab. Als Gastredner ist Bundesumweltminister Peter Altmeier zur Mitgliederversammlung eingeladen. [mbu]

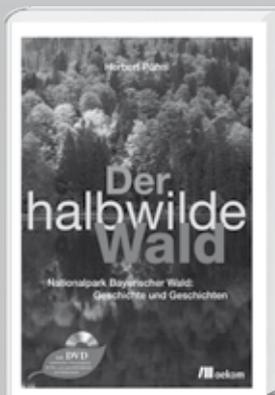
- ▶ Deutscher Naturschutzring (DNR), Helga Inden-Heinrich, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-70, Fax -80, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Studie

Wandern hält gesund

Schon nach kurzer Zeit geht es Menschen besser, die sich nach dem Konzept des Gesundheitswanderns bewegen, das vom Deutschen Wanderverband und der Fachhochschule Osnabrück entwickelt und zertifiziert wurde. Das ergab eine Studie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.



Wildnis im Bayerischen Wald

»Ja wie schaut denn das aus?« Quer verkeilt liegen silbergraue Fichten, undurchdringliche Astgerippe, dazwischen ragen junge Bäume heraus, ein neuer Wald entsteht. Das ist er, der Nationalpark Bayerischer Wald: Ein Wald im Umbau, im Werden. Ein halbwilder Wald – um den es seit über 40 Jahren Konflikte gibt. Herbert Pöhl berichtet von Kämpfen und Widerständen, von Erfolgen und Begeisterung – und von der Schönheit dieser wilden Waldnatur.

H. Pöhl

Der halbwilde Wald

Nationalpark Bayerischer Wald: Geschichte und Geschichten

272 Seiten, Hardcover, inkl. DVD: spektakulären Filmaufnahmen, weiterführende Artikel sowie Faltblätter zu Wanderungen und Angeboten im Park, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-250-6
Erhältlich bei www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



Demnach veränderten sich nicht nur das Gewicht oder der Anteil von Körperperfekt, sondern das Gesundheitswandern hatte auch positive Effekte auf das Kreislaufsystem, das allgemeine Wohlbefinden und die Fitness. Der federführende Professor Kuno Hottenrott bezeichnete die Veränderungen zum Teil als „höchst signifikant“. Deutliche Verbesserungen wurden auch bei der Ausdauerleistung und der Koordinationsfähigkeit der Probanden nachgewiesen. [mbu]

► Studie: www.kurzlink.de/gesundwandern.pdf

EHRENAMT

Freiwilliges Engagement

Millionen Stunden für Natur und Umweltschutz

■ Überall in der Bundesrepublik spenden viele Menschen ihre freie Zeit für den Natur-, Tier- und Umweltschutz. Unentgeltlich setzen sie sich bei der Artenerfassung ein, organisieren Umweltgruppen, halten Vorträge, schreiben Stellungnahmen oder planen Demonstrationen. Der Deutsche Naturschutzring (DNR) bündelt regelmäßig die erfassten Zahlen seiner Mitgliedsverbände, um den großartigen Leistungen vieler Einzelpersonen für das Gemeinwesen mehr Gewicht zu verleihen.

Im Jahr 2010 haben sich beispielsweise im Naturschutzbund Deutschland (NABU) etwa 37.000 Ehrenamtliche mit 3.024.000 Stunden engagiert. Der NABU hatte zu der Zeit insgesamt 445.000 Mitglieder in 16 Landesverbänden.

Beim Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) haben sich im gleichen Jahr 34.000 Personen mit 2.768.274 Stunden engagiert. 77 Prozent der Arbeitsstunden hatten mit praktischen Schutzmaßnahmen zu tun, 64 Prozent der Zeit fielen auf Gespräche mit PolitikerInnen und 30 Prozent auf die Betreuung von Schutzgebieten. Der BUND hat ebenfalls

16 Landesverbände, in denen wiederum 2.000 lokale BUND-Gruppen organisiert sind. Auch in den 90 Arbeitskreisen in den Ländern und 20 Arbeitskreisen auf Bundesebene wurde fleißig für die Umwelt gearbeitet.

Ehrenamtsstunden 2010

An der DNR-Umfrage für das Jahr 2011 haben sich acht Verbände beteiligt.

- Deutscher Alpenverein: 1.297.065 (davon 34.400 für Natur- und Umweltschutz)
- Bund Naturschutz in Bayern: 1.054.000
- Oro Verde: 6.173
- Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen (mit zwei Untergruppen): 2.556
- Naturkundlicher Verein Egge-Wese: 1.155
- Forstverein für Nordrhein-Westfalen im deutschen Forstverein: 660
- Schutzgemeinschaft Deutsches Wild: rund 800 Stunden
- Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz Schwelm: 680

Einer Studie des Europäischen Tourismusinstituts der Universität Trier zufolge leisten die im Deutschen Wanderverband (DWV) organisierten Mitglieder jährlich 2,3 Millionen Arbeitsstunden. 2011 waren es allein beim Schwäbischen Albverein 571.000 Stunden. Selbst kleine Vereine wie der Saarwald-Verein mit rund 2.400 Mitgliedern hätten rund 20.200 ehrenamtliche Stunden geleistet.

Von den Ehrenamtlichen im DWV sind rund 20.000 Personen Wegezeichner, die in bundesweit über 350.000 Arbeitsstunden Wanderwege für den boomenden Wandertourismus in Deutschland markieren. Das kommt jährlich rund 40 Millionen Wandernern allein aus Deutschland zugute. [jg]

- Deutscher Naturschutzring, AK Ehrenamt, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, www.dnr.de

PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

Bayerischer Verdienstorden

Preis für Zentrumsleiterin

■ Die langjährige Leiterin des Umweltzentrums Schloss Wiesenfelden Beate Seitz-Weinzierl hat im Oktober in München den Bayerischen Verdienstorden von Ministerpräsident Horst Seehofer überreicht bekommen. „Daran hätte ich im Traum nicht gedacht“, sagte Seitz-Weinzierl, als sie von der Würdigung erfuhr. Sie freue sich sehr darüber. „Es ist schön, dass auch meine Lebensleistung neben der meines öffentlich viel mehr präsent Mannes gesehen wird“. Gemeinsam mit DNR-Präsident Hubert Weinzierl betreibt sie seit den 1980er Jahren die ökologische Bildungsstätte im Schloss Wiesenfelden, die heute mithilfe einer von ihr und ihrem Mann gegründeten Stiftung und einem Förderverein geführt wird. [mbu]

► www.schloss-wiesenfelden.de/

EuroNatur-Preis 2012

Engagement wird belohnt

■ Anfang Oktober hat die Unternehmerin Dagi Kieffer den EuroNatur-Preis 2012 erhalten. Ihr Einsatz für den Ökolandbau, den Umweltschutz und die gesunde Ernährung und nachhaltige Landwirtschaft wurde als vorbildlich gewürdigt. Zusammen mit ihrem Mann gründete sie die Stiftung Ökologie und Landbau. Damit liefert sie einen wichtigen Beitrag für die Verbindung zwischen Landwirtschaft und Naturschutz. Auch ihr internationales Engagement zeichnet Kieffer als würdige Preisträgerin aus. Ab 1976 war sie einige Jahre im Vorstand der Internationalen Föderation ökologischer Agrarbewegungen tätig und in den 1980er Jahren auch DNR-Präsidiumsmitglied. [hk]

- www.euronatur.org
- www.soel.de

REZENSIONEN

Vom Leben und Überleben der Bienen

Ohne Bienen gäbe es ein Drittel unserer Nahrungsmittel nicht. Doch die Bienen sind gefährdet: durch Milben, Artensterben und Pestizide. Markus Imhoof hat mit „More than Honey“ einen Film als Hommage an die Immen gedreht und ein gleichnamiges Buch dazu veröffentlicht.



■ Bei jedem dritten Biss in ein Brot oder einen Apfel sollten wir dankbar an die emsige Arbeit der Bienen denken. Markus Imhoofs Buch zum Film ist in sieben Kapitel

unterteilt und erklärt zum einen die Organisation in den Bienenvölkern. Zum anderen werden die Menschen vorgestellt, die die kleinen Tiere schützen und pflegen, und jene, die mit den Bienen ihr Geld verdienen.

Honigproduktion ist eine Industrie. In den USA harmoniert sie perfekt mit der Mandel- und der Apfelindustrie. Achtzig Prozent aller weltweit geernteten Mandeln stammen aus Kalifornien. Dreiviertel aller Bienenvölker auf dem Gebiet der USA – das sind rund 93 Milliarden Einzelbienen – sind im Februar und März vier Wochen lang unterwegs, um auf 3.000 Quadratkilometern Mandelblüten zu bestäuben. Der Wanderimker John Miller besitzt 15.000 Bienenvölker. Er verdient pro Volk im Mandeleinsatz bis zu 150 Dollar – insgesamt also 2,25 Millionen Dollar. Nach der Mandelblüte werden die Bienen auf Lkw geladen und zum nächsten Einsatz gefahren. „Honey reimt sich bei ihm auf money“, heißt es im Buch.

Im nächsten Kapitel geht es um die Biene in der heilen Welt der österreichischen Alpen. Bei dem kleinen graubärtigen Mann auf der Blumenwiese muss man sofort an Imhoofs Großvater denken, der selbst Imker war. Diese Familiengeschichte – erzählerische Klammer des Films – wird im Buch fast gänzlich ausgespart. Ein wenig klischeehaft wirkt die Gegenüberstellung des Großindustriellen in den USA und des schrulligen Alten in Österreich. Doch erstens ist es ein wahres Klischee:

Die schiere Größe ist das Erfolgsrezept von Miller. Und zweitens führen Imhoof und sein Co-Autor Claus-Peter Lieckfeld später einen Cowboy-Imker in den USA ein, der das Bild noch einmal verändert.

Wir lernen, wie die Königin von den Arbeiterbienen umsorgt und von den Drohnen begattet wird und dass sie bis zu 2.000 Eier pro Tag legt. Dann geht es um die Varroa-Milbe: Der aus China eingeschleppte Parasit ernährt sich vom Blut seines Wirtes. Die übrigen Arbeiterinnen können die Brut nicht alleine versorgen und nicht genügend Futterreserven anlegen. Das Volk kollabiert. Es wird von anderen Völkern ausgeraubt, und so überträgt sich auch die Milbe. Und da es weltweit immer weniger Bienenarten gibt und sie sich inzestuös vermehren, statt neues Genmaterial aufnehmen zu können, wird das Immunsystem der Bienen gegenüber Parasiten und anderen Plagen schwächer.

Teile Chinas sind frei von der Varroa-Milbe. Allerdings nur, weil sie sich der Biene entledigt haben. Mao Zedong wollte die Getreideernte vor Spatzen retten und tötete zwei Milliarden der Vögel. Dadurch kam es zu einer Insektenplage, die mit Pestiziden bekämpft wurde – wodurch die Biene ausstarb. Dort werden die Apfelbäume heute per Menschenhand bestäubt.

Der einzige Varroa-freie Kontinent ist Australien. Deshalb forschen dort Wissenschaftler an der perfekten Honigbiene, um diese möglicherweise wieder auf andere Kontinente exportieren zu können. Und hier schließt sich der familiäre Kreis Imhoofs: Die Wissenschaftler, das sind seine Tochter und deren Mann. **[Johanna Lieck]**

► Imhoof, M.; Lieckfeld, C.-P.: More than Honey. Vom Leben und Überleben der Bienen. Orange Press, Freiburg 2012, 224. S., 20,- €, ISBN 978-3-936086-67-6

Baumbiografie

Imposante Baumpersönlichkeiten haben schon immer die Fantasie beflügelt. Sie trotzen über Jahrhunderte Wind und Wetter und allerlei Widrigkeiten. Eine Ehrung.



■ Was geschieht, wenn ein Zoologe und ein Schriftsteller zusammenwirken und über das Leben eines einzelnen Baumes schreiben und dabei auch die Evolutionsgeschichte des Planeten Erde mit all

ihren Organismen nicht vergessen? David Suzuki und Wayne Grady haben etwas geschaffen, das mehr ist als ein Buch. Es ist eine Hommage an die Hunderte Jahre alte Douglasie in der Nähe des Häuschens des Kanadiers Suzuki. Es wird eine poetische Verbeugung vor den Pflanzen als Lebenspendern, eine Reise im Zeitraffer durch die Entstehung der Erde. Und eine biografische Aufarbeitung der biologischen, räumlichen und sozialen Geschichte eines besonderen Baumindividuums samt den Lebewesen, die in seiner Umgebung über mehrere Jahrhunderte hinweg kommen und vergehen und von ihm abhängig sind.

Siebenhundert Jahre im Leben einer Douglasie beschreibt das Autorentduo mit vielen biologischen Fakten, viel Liebe fürs Detail und einer Sprache, die dank der Übersetzerin Eva Leipprand auch auf Deutsch nichts von ihrer Kraft eingebüßt hat. Zarte Schwarz-Weiß-Zeichnungen des kanadischen Künstlers Robert Bateman runden die Kapitel Geburt, Wurzeln schlagen, Wachstum, Reife und Tod ab.

Ausgehend von der Entstehung des Universums, der Planeten, der Atmosphäre und einzelnen Zellen, die sich schließlich zu Zellverbänden und höheren Organismen zusammenschließen, gelangen Suzuki und Grady zu den Wäldern und Bäumen. Sie schildern, welche Bedingungen notwendig sind, dass das Wunder des Lebens

überhaupt erst entstehen kann und welche Rolle die Elemente dabei spielen. Grundlagen der Evolution – „die Kooperation ist als treibende Kraft der Natur ebenso stark wie der Wettbewerb“ – werden ebenso vermittelt wie ökologische Zusammenhänge und nicht zuletzt die Kulturgeschichte der Menschheit. Denn die Douglasie wurde „geboren in dem Jahr, als Edward I. zum König von England gekürt wurde“ und fiel „im Jahr des Schwarzen Freitags, des großen Crashes an der Wall Street“.

Der langjährige Professor für Genetik Suzuki wurde 2009 für sein Lebenswerk mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet. Auch Wayne Grady – ebenfalls Kanadier – erhielt zahlreiche Preise. Zu Recht, wie die Lektüre dieses Buches zeigt.

[Juliane Grüning]

- Suzuki, D.; Grady, W.: Der Baum. Eine Biografie. oekom, München 2012, 207. S., 19,95 €, ISBN 978-3-86581-312-1

Sichere Landung auf dem Lobbyplanet



Der Lobbyplanet Brüssel führt durch die verborgene Welt des Lobbyismus in der Hauptstadt der EU-Institutionen. Die Leserinnen und Leser streifen durch das EU-Viertel mit seinen riesigen Bürogebäuden und erfahren, was hinter den Kulissen passiert. Neben einer Überblickskarte sind in der erweiterten 3. Auflage des Stadtführers 50 Stationen aufgelistet, an denen sich bedeutende Lobbyakteure befinden.

Wer zum Beispiel wissen will, was Facebook in Brüssel treibt oder wie die Ampelkennzeichnung durch die Lebensmittellobby verhindert wurde, wird im Lobbyplanet bestens informiert. Das Buch macht den massiven Einfluss der Wirtschaft und die Intransparenz des Lobbyismus in Brüssel deutlich. Im Schlusskapitel geht es des-

halb um die aktuelle Lobbyismus-Debatte in Brüssel und Handlungsvorschläge für mehr Transparenz und Demokratie.

[Marion Busch]

- LobbyControl, Corporate Europe Observatory (Hrsg.): LobbyPlanet. Das EU-Viertel. 2012, 64 S., 5,- € plus Porto. Bezug: www.lobbycontrol.de/blog/index.php/lobby-planet-bruessel/bestellen

Neue DNR-Steckbriefe

Die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings hat drei neue Steckbriefe zu EU-politischen Prozessen erarbeitet. Die Publikationen fassen auf wenigen Seiten zusammen, was in Gesetzesvorschlägen oder Fahrplänen der EU-Kommission steht, ob es wichtige Fristen gibt und an welcher Stelle im politischen Verhandlungsprozess sich ein EU-Dokument befindet.

Der Steckbrief zur Energiesteuer-richtlinie zeigt, wie die EU-Kommission einheitliche Besteuerungsgrundlagen für Energieträger schaffen, die Klimaziele der EU stärker bei der Berechnung der Steuern berücksichtigen und ein besseres Zusammenwirken mit dem europäischen Emissionshandel (ETS) gewährleisten will.

Der Steckbrief zum Europäischen Semester erklärt, wie dieses neue Element der wirtschaftspolitischen Steuerung der Europäischen Union funktioniert, wie es abläuft und nennt nützliche Ansprechpartner.

Der Steckbrief zur Strategie Europa 2020 erklärt, wie die Europäische Union intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum fördern will. Die Strategie enthält Ziele für die Bereiche Beschäftigung, Forschung und Entwicklung, Klimawandel und Energie, Bildungsniveau und die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Sieben Leitinitiativen sollen bei der Umsetzung helfen.

Alle Steckbriefe und zahlreiche weitere EU-bezogene Publikationen der DNR-EU-Koordination sind im Internet zu finden und können kostenlos heruntergeladen werden.

[jg]

- www.eu-koordination.de/publikationen/themenhefte

Impressum

umwelt aktuell November 2012
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

In Kooperation mit: Grüne Liga Berlin e. V., Tel. +49 (0)30 / 4433910, www.grueneliga-berlin.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantwortl.), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantwortl.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Marion Busch [mbu], Eric Janáček [ej], Stefanie Langkamp [sl], Antje Mensen [am]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Inga Bollert [ib], Fabian Carels [fc], Hannah Klocke [hk], Uta Klönne [uk], EU-Umweltbüro des Umweltschutzverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 36

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177582, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg.

Fotos: DLR (Titel), ©European Parliament/Pietro Najo-Oleari (S. 19). **Grafik/DTP:** Marion Busch, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf Circeooffset White, 100 % Recycling, von Arjowiggins/Igepa group.

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: InTime Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen, Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -67570, E-Mail: oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

Anzeigen: oekom verlag, Tabea Köster, München, Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



TERMINE

NOVEMBER

29.10.–04.11.2012,
bundesweit (D)

Bankwechselwoche

► Urgewald u.a., Tel.
+49 (0)2583 / 1031,
Fax +49 (0)2583 / 4220,

www.urgewald.de, www.bankwechsel-jetzt.de

03.–04.11.2012, Stuttgart (D)

Heldenmarkt – Messe für nachhaltigen Konsum

► Forum Futura UG, Tel. +49 (0)30 / 25201-936,
Fax -551, E-Mail: treffpunkt@heldenmarkt.de,
www.heldenmarkt.de

05.–06.11.2012, Pappenheim (D)

Handlungs-Spiel-Räume für eine Ernährung mit Zukunft. Tagung

► Bund Naturschutz in Bayern, Landesvolkshochschule Pappenheim, Petra Bernreuther, Tel. +49 (0)9143 / 604-15, Fax -31, E-Mail: petra.bernreuther@elj.de, www.kurzlink.de/bn-termin-05-11-2012

06.11.2012, Osnabrück (D)

Friedhofsböden. Tagung

► Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Nicole Frommeyer, Fax +49 (0)541 / 9633-990,
E-Mail: n.frommeyer@dbu.de, www.dbu.de/media/28081212010277eq.pdf

06.–07.11., Eschborn bei Frankfurt/M. (D)

NASS-Tage. Neue Wasserinfrastrukturkonzepte in der Stadtplanung. Tagung

► GIZ; BMBF; DWA, Sarah Heimann Hennef, Tel. +49 (0)2242 / 872-192, Fax -135, E-Mail: heimann@dwa.de, www.dwa.de/eva/Flyer/1934.pdf

06.–07.11., Schneverdingen (D)

Fördermöglichkeiten für Naturschutzprojekte

► Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz, Tel. +49 (0) 5198 / 9890-71, Fax -95,
www.nna.niedersachsen.de

07.–09.11., Dresden (D)

Umweltprüfung als Grundlage für Konfliktbewältigung. UVP-Kongress

► UVP-Gesellschaft, Helmut Bangert, Tel. +49 (0)5251 / 680107, E-Mail: info@uvp.de, www.uvp.de

07.–20.11.2012, Deutschland

Besuche und Besichtigungen von Ökobauernhöfen. Naturland Exkursionen 2012

► Naturland-Verband für ökologischen Landbau, Tel. +49 (0)89 / 898082-29, Fax -90, E-Mail: k.bauer@naturland.de, www.naturland.de/detail2+M5918078ce2e.html

08.–10.11., Tutzing am Starnberger See (D)

Energiewende: Demokratisch & naturverträglich!?

Tagung

► Evangelische Akademie, Dr. Axel Schwanebeck, Tel. +49 (0)8158 / 251122, Fax +49 (0)8158 / 996422, E-Mail: schwanebeck@ev-akademie-tutzing.de, www.ev-akademie-tutzing.de

09.11., Dortmund (D)

Zukunft der Mobilität in Kommunen – Die regenerative Stadt. Exkursion und Tagung

► Heinrich-Böll-Stiftung, Sabine Drewes, Tel. +49 (0)30 / 28534-249, E-Mail: drewes@boell.de, www.boell.de

10.11., Stuttgart (D)

Im Spannungsfeld: Energiewende und Naturschutz. Wie kann die Energiewende naturverträglich gestaltet werden? Zukunftsforum Naturschutz

► Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg; evangelische Akademie Bad Boll, LNV Geschäftsstelle Tel. +49 (0)711 / 248955-20, Fax -30, E-Mail: info@lnv-bw.de, www.lnv-bw.de/ZFN_flyer2012.pdf

12.–13.11., Berlin (D)

Europäisches Ressourcen-Forum

► Umweltbundesamt, David Obladen, Tel. +49 (0)30 / 2100548-10, Fax -19, E-Mail: contact@resourcesforum.eu, www.resourcesforum.eu

14.11. Berlin (D)

Nationales Ressourcen-Forum 2012. Konferenz

► Umweltbundesamt, BMU, VDI, Tel. +49 (0)30 / 2100548-10, E-Mail: kontakt@ressourcenforum.de, www.ressourcenforum.de/anmeldung.html

12.–14.11., Berlin (D)

7. Internationale Ausstellung und Konferenz zur Speicherung Erneuerbarer Energien

► Eurosolar/Energieagentur NRW, Valentin Hollain, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 2891446, E-Mail: ires@eurosolar.de, www.energiespeicherkonferenz.de

14.11.2012, Wien (A)

Auftakt EMAS Club Europe Österreich Treffen

► Verband für nachhaltiges Umweltmanagement, Monika Peschl, E-Mail: monika.peschl@lebensministerium.at, www.vnu-ev.de

14.–15.11., Offenburg (D)

Klima Stadt Wandel. Umdenken, umsteuern, umplanen, umbauen. Klimaschutz-Konferenz

► Klima-Bündnis, Angela Hanisch, Frankfurt/M., Tel. +49 (0)69 / 717139-12, E-Mail: a.hanisch@klimabuendnis.org, www.klimabuendnis.de

16.11., Wetzlar (D)

Naturschutz für regionale Entwicklung. Konferenz

► Hessische Vereinigung für Naturschutz und Landschaftspflege, Monika Kustusch, Tel. +49 (0)69 / 95454-398, E-Mail: info@hvl.n.de, www.hvl.n.de

17.11., Linz (A)

Europaweiter Atomausstieg: Eine Frage von EURATOM! Konferenz

► atomstopp_atomkraftfrei leben!, Tel. +43 (0)732 / 774275, E-Mail: post@atomstopp.at, www.atomkraftfrei-leben.at

29.–30.11., Berlin (D)

Communication – Education – Participation. Successful Ways to Climate Protection. Tagung

► Unabhängiges Institut für Umweltfragen (UfU), Fabian Stolpe, Tel. +49 (0)30 / 428-499333, Fax -00485, E-Mail: fabian.stolpe@ufu.de, www.ufu.de/en/environmental-law/conference

DEZEMBER

30.11.–02.12., Witzenhausen (D)

7. Symposium Debatten und Vorträge zu verschiedenen agrarpolitischen Themen

► Dachverband Kulturpflanzen- und Nutztiervielfalt, Susanne Gura, Tel. +49 (0)228 / 9480670, E-Mail: gura@dinse.net, http://kulturpflanzen-nutztiervielfalt.org

30.11.–02.12., Boldern (CH)

Slowmotion – Faszination Geschwindigkeit. Tagung

► Evangelische Akademie, Dr. Axel Schwanebeck, Tel. +49 (0)8158 / 251122, Fax +49 (0)8158 / 996422, E-Mail: schwanebeck@ev-akademie-tutzing.de, www.ev-akademie-tutzing.de

01.12., Berlin (D)

Mitgliederversammlung des Deutschen Naturschutzrings

► Deutscher Naturschutzring, Helga Inden-Heinrich, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, www.dnr.de

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 48

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Urban Gardening

Von Bomben zu Blumen

Das Kleingärtnern war lange Jahre hindurch trotz seines hohen Anteils an Frischluft vom Mief der Spießigkeit umgeben. Doch nun hat sich das Bild radikal gewandelt: Gerade in Städten werden Erde unter den Fingernägeln und selbst gezogenes Gemüse salonfähig und Urban Gardening damit zum Trend. Auch für die Bildung für nachhaltige Entwicklung bieten sich interessante Anknüpfungspunkte.

□ Gärtnern ohne Garten, Sackgarten, Gärtnern in der Stadt – viele Namen umschreiben eine Idee: brachliegende oder ungepflegte Flächen im öffentlichen Raum zu begrünen, zu pflegen und im Idealfall nachhaltig zu nutzen.

Die Idee, mehr Grün in die Städte zu bringen, ist in bestimmten Rahmenbedingungen bereits institutionalisiert. Vertikale Gärten ranken sich an Bürohäusern, Geschäften und Bankgebäuden in ganz Europa empor. Die Stiftung Interkultur betreut seit mehr als einem Jahrzehnt Interkulturelle Gärten als StadtLandschaften der Migrationsgesellschaft in ganz Deutschland. Dort begegnen sich MigrantInnen und Deutsche aller sozialen Milieus, um beim gemeinsamen Bewirtschaften von Land mitten in der Stadt neben Pflanzen auch neue Verbindungen, Zugehörigkeiten und Lebensformen zu kultivieren. Während der 13. Documenta wurden Nutzpflanzensäulen als Element einer nachhaltigen Stadtlandwirtschaft und als Instrument der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit und des Marketings für die ökologische und nachhaltige Land- und Lebensmittelwirtschaft errichtet.

Viele Städte ermutigen und belohnen die neue Lust am Grün ihrer Bewohner und vergeben Patenschaften für Bäume oder Teile von Grünanlagen. Private Initiativen sollen helfen, das zu leisten, was die Stadt finanziell nicht mehr stemmen kann. In Nürnberg beispielsweise stehen rund 40 Prozent aller 26.000 Straßenbäume in Baumscheiben. Ihre Pflege würde die Stadt rund 3,1 Millionen Euro kosten – nicht einmal ein Viertel davon steht tatsächlich zur Verfügung. Die bisher knapp 1.100 gewonnenen Baumpaten bekommen für das Versprechen, die Baumscheibe sauber zu halten, einen Pflanzgutschein, den sie bei der Gärtnerei der Werkstatt für

behinderte Menschen einlösen können. Und die Möglichkeit, ganz direkt vor ihrer Haustür etwas für sich, die Natur und ihre Stadt zu tun.

Innovatives Engagement

Doch die Verknüpfung von Stadtgestaltung, Gärtnern und ehrenamtlichem, bürgerschaftlichem Engagement ist neu und nimmt ungewöhnliche, innovative Formen an. Moosgraffiti wachsen an Betonwänden, auf die die Mischung aus Buttermilch und Moos mit einem Pinsel in beliebiger Form aufgetragen wird und dort in moosigen Bild- oder Schriftbotschaften gedeiht.

THEMENHEFT: URBAN GARDENING

Geheime Gärtner pflanzen beim Guerilla Gardening unerkannt Blumen in der Stadt. Hilfreich sind ihnen Samenbomben, kleine mit Samen vermischte Erdbrocken, die sich gut an unzugängliche Orte werfen lassen. Erst hier drängen sich im Sinne der Nachhaltigkeit Fragen auf: Blumensamenbomben irgendwohin zu werfen ohne sich danach darum zu kümmern – ist das noch nachhaltig? Was ist in den Samenbomben drin? Gehören diese Pflanzen in den Lebensraum?

Gärtnern für nachhaltige Entwicklung

Das „klassische“ Urban Gardening im öffentlichen Raum arbeitet mit den Grundbesitzern ganz offiziell Hand in Hand. Das bekannteste Beispiel der Bewegung sind die Prinzessinnengärten in Berlin. Die einst verwilderte Brachfläche von 6.000 Quadratmetern mitten in Kreuzberg wurde nur mithilfe ehrenamtlicher Interessierter

aus dem multikulturellen Stadtteil Kreuzberg in einen Garten verwandelt. Nicht in einen klassischen Landschaftsgarten mit alten Bäumen und Teichen, sondern einen mobilen Garten, da die Nutzung des Geländes seitens der Stadt nur jahresweise erlaubt wurde. Also ziehen die findigen Stadtgärtner Kartoffeln, Kräuter, Gemüse und Blumen in recycelten Bäckerkisten, Reissäcken und Tetrapakts, das Gartencafé ist ein aussortierter Container aus dem Hamburger Hafen. Doch der Nutzen des Gartens geht weit über den Ernährungsaspekt hinaus: Durch gemeinsames Ausprobieren und das Austauschen von Erfahrungen und Wissen lernen die Beteiligten gemeinsam vieles über biologische Vielfalt, Recycling, nachhaltigen Konsum und zukunftsfähige Formen städtischen Lebens. Er ist auch ein Bildungsort, in dem Berliner Kinder lernen, wie Gemüse und Kräuter ökologisch und klimaangepasst angebaut werden. Derzeit bangt das Projekt aber um sein Fortbestehen: Die Stadt will den zentralen Bauplatz an einen Investor verkaufen.

Gerade für UmweltpädagogInnen und BNE-Multiplikatoren in Ballungsräumen bietet die Idee des Urban Gardening eine reizvolle Möglichkeit, zeitgleich nicht nur Natur hautnah zu erleben, sondern auch das Lebensumfeld der Kinder und Erwachsenen nachhaltig positiv zu gestalten. Denn Umwelt- und Klimaschutz wird hier fast beiläufig betrieben.

Das Säen, Ernten und Kompostieren ohne Chemie bietet den idealen Nährboden für weitere Umweltthemen und transkulturelle soziale Impulse.

[Lisa Hübner]

Weiterlesen

- ▶ www.prinzessinnengarten.net
- ▶ www.stiftung-interkultur.de

BLICKPUNKT

Kinder als Stadtteilgärtner in Hamburg

Gestaltung öffentlicher Räume und innerer Haltungen am Beispiel der „Stadtteilgärtner“ der ANU Hamburg

2050 wird ein Großteil der Menschen unseres Planeten in Städten leben. Diese Ballungsräume sind mit ihren Bedürfnissen an Nahrungsmitteln und Energie, ihren Themen wie Mobilität, CO₂-Ausstoß, Bildung, Integration und Kultur und ihrem Innovationspotenzial Chance und Risiko zugleich, wenn es um die Entwicklung und Umsetzung von Lösungsansätzen zur nachhaltigen Entwicklung geht. In den Metropolen entscheidet sich unsere Zukunft. Vor diesem Hintergrund ist jeder Städter aufgerufen, sich zu fragen, welchen Beitrag zur Gestaltung der urbanen Zukunft er oder sie zu leisten vermag. Die Möglichkeiten sind vielfältig und thematisch breit gefächert. Für eine nachhaltige Entwicklung ist es wichtig, eigene Spielräume zu erkennen und zu nutzen und Stadt als gestaltbar zu erleben.

„Die Stadtteilgärtner“ sind ein Projekt der ANU Hamburg für Vorschulkinder. Nach einem erfolgreichen ersten Jahr, nehmen im zweiten Durchgang vier Einrichtungen in einem benachteiligten Stadtteil Hamburgs teil. Die zwei signifikantesten Merkmale des Projektes sind zum einen die öffentlich sichtbare Anlage eines Beetes durch Kinder in Nähe der Kindertagesstätte (Kita), um einen kleinen Beitrag zur Gestaltung des Stadtteils durch die lebendige Interaktion zwischen Beet und Nachbarschaft zu schaffen. Den zweiten Schwerpunkt setzt die pädagogische Arbeit von Umweltpädagogen der ANU Hamburg mit den Kindern über den Zeitraum eines Jahres verteilt, deren Ziele in der Initiierung und Steuerung von Prozessen, der Möglichkeit zur Entwicklung eigener Sichtweisen und der Reflexion über das eigene Handeln basierend auf der Kenntnis von Zusammenhängen und Kreisläufen liegen.

Die Beete befinden sich jeweils in Nähe der Kitas, die Grundeigentümer, in der Regel die öffentliche Hand oder Wohnungsbaugenossenschaften, haben die Genehmigung zur Nutzung der Fläche erteilt und unterstützen das Projekt. Für die Kinder liegen die Beete oft auf dem Weg zur Kita oder sogar direkt im Wohnumfeld. Ihre Beteiligung an der Gestaltung ihres Stadtteiles wird hier auch durch das Hinweisschild im Beet für alle sichtbar. Die regelmäßige Arbeit der Kinder im Beet wird durch Gespräche mit Anwohnern lobend gewertet, hier entsteht ein lebendiges Miteinander durch die Übernahme von „Gießdiensten“ oder Angeboten, auch in der eigenen Kleingartenparzelle oder dem Vorgarten eine Fläche für Kinderbeete zur Verfügung stellen zu wollen. Die Freude an der gemeinsamen Arbeit wird als bereichernd und sinnvoll erlebt und das Ergebnis kann stolz präsentiert werden. Gepflanzt werden heimische Stauden und Kräuter, die durch ihre Anpassung an Klima und Böden als Bienenweide im Sommer und reiches Samenangebot im

Herbst zahlreichen Tieren und den Kindern Freude bereiten. Nach der einjährigen Projektzeit übernehmen die Einrichtungen die Patenschaft für das Beet und können es mit den Folgejahrgängen in ihre Bildungsarbeit integrieren; eine Fortbildung für die ErzieherInnen liefert hierzu ergänzend Anregungen und Informationen. Sechs der sieben Beete befinden sich in einem Stadtteil, durch diese Bündelung ist der Austausch der Einrichtungen untereinander möglich und die Präsenz des Projektes im Stadtteil spürbar.

Das zweite wesentliche Merkmal der „Stadtteilgärtner“ liegt in der pädagogischen Arbeit mit den Kindern, die sich über den Zeitraum eines Jahres erstreckt. Dieser Bildungsprozess wird aktiv gestaltet durch das ganzheitlich ausgerichtete pädagogische Konzept, in dessen Rahmen mit unterschiedlichen Methoden Naturprozesse aufgegriffen und spielerisch vermittelt werden. Stadtkindern, besonders aus benachteiligten Stadtteilen, fehlt zunehmend die Möglichkeit, Naturerfahrungen in der Kindheit zu sammeln. Die Kinder pflanzen als Projektauftakt die eigene Patenpflanze und begleiten sie durch die Jahreszeiten, sie erfahren die Naturkreisläufe, schärfen ihre Wahrnehmung und erleben durch das bewusste Einbeziehen aller Sinne mehr Vielfalt in ihrem Alltag. Die Bedürfnisse der Pflanzen und Tiere im Beet werden thematisiert, erste Bezüge zur Landwirtschaft und zu Anbaumethoden können besprochen und eigene Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Die Verwendungsmöglichkeiten von Pflanzenteilen für medizinische Zwecke oder zur Ernährung eröffnen den Kindern einen neuen Blickwinkel auf ihre Zöglinge und schaffen durch die gemeinsame Verarbeitung einprägsame Erlebnisse. Affekt und Kognition gehören untrennbar zusammen, auf dieser Basis wird das Beet als Ausgangspunkt für die pädagogische Arbeit genutzt.

Motivation und Freude in der Umsetzung des Projektes bereitet die Arbeit mit den Kindern, die Zusammenarbeit mit den Kitas, den Flächeneigentümern und die Kontakte zu Anwohnern und Passanten. Durch die Bündelung in einem Stadtteil besteht enger Kontakt zu dem für die Stadtteilentwicklung vor Ort zuständigen Stadtteilbüro. Nach der bisherigen Unterstützung durch Stiftungen werden die „Stadtteilgärtner“ ab dem Sommer 2013 als eigenständiges Projekt der ANU Hamburg mit einem gestaffelten Preissystem für Kitas in weiteren Stadtteilen Hamburgs angeboten. **[Sabine Teufert, Vorsitzende ANU Hamburg]**

▷ www.anu-hamburg.de

SCHWERPUNKT: URBAN GARDENING

Tipps aus der Praxis

Anders gärtnern

□ Die Initiatoren der Berliner Prinzessinnengärten haben ihre Erfahrungen in

Buchform auch außerhalb der Hauptstadt zugänglich gemacht. 160 farbige Bilder illustrieren die Verwandlung des Brachlands. Vom Entmüllen, dem Aufbau der ersten Beete und dem Umbau der Container über das Jugendprojekt Stadtsafari, der ersten Ernte, bis zum Aufbau der Gartenküche, der Initiierung neuer Gärten und

dem eigenen Marktstand gibt das Buch hilfreiche und praktische Tipps für das urbane Gärtnern in beinahe jeder Dimension und Lage.

▷ Nomadisch Grün (Hrsg.): Prinzessinnengärten. Anders gärtnern in der Stadt. DuMont, Köln 2012, 220 S., 29,95 €, ISBN 978-3-8321-9436-9

Das Standardwerk**Urban Gardening**

□ In dem Sammelband „Urban Gardening“ geben 22 AutorInnen einen Überblick zu Gemeinschaftsgärten in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Neben der erstaunlichen Vielfalt der Projekte zeigt das Buch vor allem eine große Bandbreite an Herangehensweisen an das vielschichtige Thema des städtischen Gärtnerns. „Das Buch wagt die Diagnose, dass in den westlichen Großstädten ein neues Verständnis von Urbanität entsteht“, schreibt Christa Müller, Geschäftsführerin der Stiftung Interkultur, die ein bundesweites Netzwerk von über 100 interkulturellen Gärten betreut und auch Workshops zum Thema veranstaltet.

- ▷ Müller, C. (Hrsg.): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. oekom, München 2011, 352 S., 19,95 €, ISBN 978-3-86581-244-5

Rezension**Das große Selbstversorger-Kochbuch**

□ Es ist mehr als nur ein Kochbuch: Eine Hommage an den selbsttätigen Umgang mit Kulturpflanzen. Das große Selbstversorger-Kochbuch von Elke Radziewsky liefert viele praktischen Erntetipps, Rezepte und Ideen zur Vorratshaltung der Ernte aus den vielerorts neu entstehenden (Stadt-) Gärten. Die Fotos von Regina Recht rücken nicht nur Gemüse und (essbare) Blüten ins rechte Licht, sondern fangen auch Selbstversorger-Gärtner zwischen Flensburg und Freiburg bei ihrer Arbeit ein. Von der Saatgutzüchtung bis hin zu ihren eigenen Gaumenschmausideen geben die Praktiker wertvolle Hinweise und lassen das Buch zu einer runden Sache werden.

[empfohlen von J. Plotzki, ANU Hamburg]

- ▷ Radziewsky, E.: Das große Selbstversorger Kochbuch. BLV, München 2012, 192 S., 24,95 €, ISBN 978-3-8354-0951-4

AUS ANU UND UMWELTZENTRENWiLa Bonn**Tatort Wald als Lebens- und Nutzraum**

□ Der Wissenschaftsladen Bonn hat ein Planspiel für SchülerInnen ab der 10. Klasse rund um den Wald entworfen. Denn der Wald in seiner biologischen Vielfalt hat mit vielen äußeren Einflüssen zu kämpfen: Freizeitaktivitäten, wirtschaftlicher Nutzung oder Wetterereignissen wie Stürmen und Trockenheit. Um den Lebensraum Wald kennen- und schätzen zu lernen – aber auch die Nutzungsansprüche in Einklang zu bringen, können die teilnehmenden Jugendlichen im Planspiel lernen. Sie setzen sich spielerisch mit dem Wald, seiner biologischen Vielfalt und aktuellen Nutzungskonflikten auseinander, lernen die Positionen der Interessenvertreter kennen und können sich im geschützten Raum in Diskussion und Argumentation üben. Passenderweise finden sich die Schüler dafür auch tatsächlich im Wald ein und lernen vor den drei möglichen Konfliktszenarien Windenergie, Geocaching und nachhaltige Landwirtschaft die Vielfalt des Lebensraumes beim Holzsägen, Nester bauen und geocachen kennen.

- ▷ www.wilabonn.de

Dokumentation ANU Bayern**„Welt in Bewegung – Rio +20 Jahre ANU Bayern“ online**

□ 20 Jahre nach der legendären UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro und eine Woche nach der Folgekonferenz Rio 2012 lud die ANU mit renommierten ReferentInnen und einem lebendigen Rahmenprogramm zu einer Jubiläumstagung ein. Die Tagung fand vom 27. bis 29. Juni im Zentrum für Umwelt und Kultur in Benediktbeuern statt. Rund 150 TeilnehmerInnen aus Bildung,

Umweltverbänden, Politik und Verwaltung blickten den Ereignisse der Vergangenheit – gipfelnd in der Folgekonferenz Rio+20 – ins Auge und diskutierten die großen und kleinen Herausforderungen in einer Welt in Bewegung. Zu Gast waren namhafte Referenten wie Franz Josef Radermacher (unter anderem Mitglied des Club of Rome), Tilmann Santarius (Germanwatch und Teilnehmer der Rio+20-Konferenz) und Manfred Niekisch (Direktor des Frankfurter Zoos und Sachverständiger der Bundesregierung in Umweltfragen). Sie zeigten mögliche Zukunftsszenarien auf und beschrieben teils recht unterschiedliche Lösungswege, um doch noch in eine nachhaltige Zukunft zu steuern. Diverse Arbeitsgruppen zu den Themen „Was steht auf der Agenda“ und „Akteure des Wandels“ ergänzten das Angebot für die TeilnehmerInnen.

- ▷ www.umweltbildung-bayern.de/anu-tagung-2012.html

ANU Mecklenburg-Vorpommern**BildungsWert mit neuen Qualitätsmaßstäben**

□ Die ANU Mecklenburg-Vorpommern geht neue Wege zwischen formaler Bildung und Lebenslangem Lernen. Die beteiligten ANU-RegionalkoordinatorInnen können bis (mindestens) 2014 ihre erfolgreiche BNE-Koordinationsarbeit in Mecklenburg-Vorpommern fortsetzen. Im Vorhaben „BildungsWert“ (1. April 2012 bis 31. Juli 2014) werden die RegionalkoordinatorInnen ihre gute Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern dazu nutzen, neue Qualitätsmaßstäbe für eine zukunftsfähige Bildungslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern zu setzen. Darüber hinaus sollen Impulse für bildungspolitische Veränderungen erarbeitet und die ANU Mecklenburg-Vorpommern als kompetenter Bildungspartner noch bekannter werden.

- ▷ www.umweltbildung-mv.de

WISSENSWERT

Rezension

2052. Der neue Bericht an den Club of Rome

□ Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre hat Klimaforscher Jorgen Randers, einer der Co-Autoren des Buches „Die Grenzen des Wachstums“ für den Club of Rome zusammengetragen. Die Forschungsgebiete der 35 beteiligten Ökonomen, Wissenschaftler und Zukunftsforscher reichen von Klimawandel über Finanzkapitalismus bis zur Diskussion politischer Systeme. Welche Nationen werden ihren Wohlstand halten oder gar vermehren – welche unter der künftigen Entwicklung leiden? Wie wird sich der Übergang zur wirtschaftlichen Vorherrschaft Chinas gestalten? Welche Veränderungen des Klimas und des Ökosystems sind zu erwarten? Ist die Demokratie nach westlichem Vorbild geeignet, die großen Menschheitsprobleme zu lösen? Und wie soll der ganz normale Bürger mit diesen eher düsteren Prognosen umgehen? Randers selbst hat die Hoffnung aber noch nicht ganz aufgegeben, und so bietet das Buch neben den wenig aufmunternden Zukunftsinterpretationen auch eine Reihe von Möglichkeiten, die Welt ökologisch und sozial verträglich umzugestalten. Als Staat und als Einzeler.

- ▷ Randers, J. (Hrsg): 2052. Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre. oekom, München 2012, 432 S., 24,95 €, ISBN 978-3-86581-398-5
- ▷ www.bericht-2052.de

Jugendwettbewerb

2°Campus

□ Initiiert vom WWF Deutschland und der Robert Bosch Stiftung startete die Bewerbungsphase für ein bundesweites Qualifizierungsprogramm für Jugendliche im Alter zwischen 15 und 19 Jahren, die sich

für Naturwissenschaften begeistern und den Klimaschutz vorantreiben wollen. Beim 2°Campus entwickeln Jugendliche Visionen und forschen gemeinsam mit WissenschaftlerInnen an konkreten Lösungen, wie die globale Erderwärmung bis 2050 auf zwei Grad Celsius begrenzt und in Deutschland dazu die Treibhausgasemissionen um 95 Prozent gesenkt werden können. Wie werden wir in einer klimafreundlichen Gesellschaft leben? Zu dieser und weiteren Fragestellungen aus vier thematischen Blöcken (Energie, Mobilität, Wohnen oder Ernährung) forschen Jugendliche eigenständig und werden dabei intensiv von Experten aus der Wissenschaft begleitet. Der 2°Campus findet in und um die Oster- und Sommerferien 2013 statt. Die Teilnahme ist kostenfrei. Bewerbungsschluss ist der 30. November 2012.

- ▷ www.2-grad-campus.de

Jährlicher Schulwettbewerb

Deutscher Klimapreis

□ Der Wettbewerb um den Deutschen Klimapreis der Allianz Umweltstiftung 2013 ist gestartet: Bis zum 31. Oktober konnten sich Schülerteams mit ihren Klimaschutz-Projekten bewerben. Den fünf besten Teams und ihren Schulen winken jeweils 10.000 Euro Preisgeld. Zusätzlich locken 15 Anerkennungspreise von je 1.000 Euro. Bundesweit können sich Schülerteams der Jahrgangsstufen 7 bis 13 aller staatlich anerkannten, allgemeinbildenden Schulen (ohne Berufsschulen) mit einem Projekt zum Thema Klimaschutz bewerben. Die vergangenen Jahre zeigten eine beeindruckende Bandbreite kreativer Ideen: Ob Rap-Songs und Musikvideos über den Klimawandel, Sponsorenläufe für Solarprojekte in Afrika, Energiesparmaßnahmen an Schulgebäuden oder die Organisation und Durchführung von Klimawochen – die Fantasie von Schülern und Lehrern kannte kaum Grenzen. Interessierte LehrerInnen können sich bereits jetzt Gedanken um die Ausschreibung für das nächste Jahr machen.

- ▷ <https://umweltstiftung.allianz.de>

UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter www.umweltbildung.de. Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

6.–9.11., Otzenhausen/Saarland Nachhaltige Entwicklung – Die globale Herausforderung dieses Jahrhunderts. Vortragspool.

In der Europäischen Akademie werden WissenschaftlerInnen aufzeigen, wie der Verbraucher durch sein Konsumverhalten zur nachhaltigen Entwicklung beitragen kann. Mit Themen wie „Wie lange reicht die Ressource Wasser?“, „Kann die Erde neun Milliarden Menschen ernähren?“ werden Zusammenhänge erklärt. www.mut-zur-nachhaltigkeit.de

23.11., Kassel Mitgliederversammlung des ANU-Bundesverbandes

Die Mitgliederversammlung wird von einem Fachprogramm zu Umweltbildung und BNE begleitet, über dessen Themenschwerpunkte im ANU-Infodienst und auf www.umweltbildung.de in Kürze nähere Informationen erhältlich sind.

- ▷ www.umweltbildung.de

3.–8.12., Berlin Die Welt is(s)t... – Ernährung und Globalisierung. Seminar

Welche Lernfelder eröffnen sich bei der intensiven Beschäftigung mit konkreten Themen wie Ernährung oder Energiewende in der Globalisierung? Die Seminare im wannseeFORUM verbinden diese Inhalte des Globalen Lernens mit aktiver Medienarbeit.

- ▷ www.wannseeforum.de

Impressum **ökopädNEWS**

Herausgeber



Redaktion

Lisa Hübner (verantw.), oekopaednews@anu.de;
Olaf Rother, rother@anu.de

ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,
Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de